

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Wortprotokoll der 64. Sitzung

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Berlin, den 21. Februar 2024, 09:30 Uhr
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus - Anhörungssaal -
(3.101)

Vorsitz: Kai Gehring, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 8

- a) Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

**Eine interessen- und wertegeleitete
Internationalisierung von Wissenschaft
und Hochschulbildung**

BT-Drucksache 20/9312

Federführend:
Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Mitberatend:
Auswärtiger Ausschuss
Ausschuss für Inneres und Heimat
Rechtsausschuss
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung
Ausschuss für Kultur und Medien
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen
Union

Berichterstatter/in:
Abg. Ruppert Stüwe [SPD]
Abg. Alexander Föhr [CDU/CSU]
Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]
Abg. Dr. Marc Jongen [AfD]
Abg. Nicole Gohlke [Die Linke]
Abg. Ali Al-Dailami [BSW]



b) Antrag der Fraktion der CDU/CSU

**Rückzug der Bundesregierung aus der
internationalen Zusammenarbeit in
Wissenschaft und Forschung stoppen – Deutsche
Vermittlerorganisationen
stärken**

BT-Drucksache 20/9308

Federführend:

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Mitberatend:

Auswärtiger Ausschuss
Haushaltausschuss

Berichterstatter/in:

Abg. Ruppert Stüwe [SPD]
Abg. Alexander Föhr [CDU/CSU]
Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]
Abg. Dr. Marc Jongen [AfD]
Abg. Nicole Gohlke [Die Linke]
Abg. Ali Al-Dailami [BSW]

c) Antrag der Abgeordneten Dr. Marc Jongen, Nicole Höchst, Dr. Götz Frömming, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

**Die Abwanderung hochqualifizierter deutscher
Wissenschaftler statistisch
erfassen und gegensteuernd tätig werden**

BT-Drucksache 20/6991

Federführend:

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Mitberatend:

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Berichterstatter/in:

Abg. Ruppert Stüwe [SPD]
Abg. Alexander Föhr [CDU/CSU]
Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]
Abg. Dr. Marc Jongen [AfD]
Abg. Nicole Gohlke [Die Linke]
Abg. Ali Al-Dailami [BSW]

d) Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Bericht der Bundesregierung zur internationalen
Kooperation in Bildung, Wissenschaft und
Forschung 2019 bis 2020**

BT-Drucksache 20/45

Federführend:

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Mitberatend:

Sportausschuss
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Ausschuss für Digitales

Berichterstatter/in:

Abg. Ruppert Stüwe [SPD]
Abg. Alexander Föhr [CDU/CSU]
Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]
Abg. Dr. Marc Jongen [AfD]
Abg. Nicole Gohlke [Die Linke]
Abg. Ali Al-Dailami [BSW]



Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

e) Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Bericht der Bundesregierung zur internationalen
Kooperation in Bildung, Wissenschaft und
Forschung 2021 bis 2022**

BT-Drucksache 20/9880

Federführend:

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Mitberatend:

Ausschuss für Gesundheit
Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Berichterstatter/in:

Abg. Ruppert Stüwe [SPD]
Abg. Alexander Föhr [CDU/CSU]
Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]
Abg. Dr. Marc Jongen [AfD]
Abg. Nicole Gohlke [Die Linke]
Abg. Ali Al-Dailami [BSW]



Teilnehmende Mitglieder des Ausschusses

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Becker, Dr. Holger Kaczmarek, Oliver Rabanus, Martin Rhie, Ye-One Rosenthal, Jessica Seitzl, Dr. Lina Stüwe, Ruppert Wagner, Dr. Carolin Wallstein, Maja	
CDU/CSU	Albani, Stephan Altenkamp, Norbert Maria Connemann, Gitta Föhr, Alexander Gräßle, Dr. Ingeborg Grütters, Monika Jarzombek, Thomas Ludwig, Daniela Rohwer, Lars Staffler, Katrin	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Christmann, Dr. Anna Gehring, Kai Kraft, Laura Reinalter, Dr. Anja Schönberger, Marlene	
FDP	Boginski, Friedhelm Funke-Kaiser, Maximilian Schröder, Ria Seiter, Dr. Stephan	
AfD	Frömming, Dr. Götz Höchst, Nicole Jongen, Dr. Marc Kaufmann, Dr. Michael	
Die Linke	Gohlke, Nicole	Sitte, Dr. Petra
BSW		

Die unterschriebenen Anwesenheitslisten werden dem Originalprotokoll beigelegt und sind während der laufenden und der darauf folgenden Wahlperiode im Sekretariat des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und danach im Archiv des Deutschen Bundestages einsehbar.



Teilnehmende Sachverständige

Name	Institution
Dr. Enno Aufderheide	Alexander von Humboldt-Stiftung Bonn
Prof. Dr. Angela Ittel-Polatschek	Hochschulrektorenkonferenz
Prof. Dr. Beate Kampmann	Charité – Universitätsmedizin Berlin
Prof. Dr. Katrin Kinzelbach	Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
Dr. Kai Sicks	Deutscher Akademischer Austauschdienst e.V. Bonn
Prof. Dr. Marc-Philippe Weller	Universität Heidelberg



Sprechregister Abgeordnete

Seite

SPD

Ruppert Stüwe	16, 17, 28, 29
Dr. Lina Seitzl	23

CDU/CSU

Alexander Föhr	17, 29
Prof. Monika Grüters	23

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kai Gehring	19
Laura Kraft	25

FDP

Prof. Dr. Stephan Seiter	20, 25, 26
--------------------------	------------

AfD

Dr. Marc Jongen	21, 26
-----------------	--------

Die Linke

Nicole Gohlke	22, 27
---------------	--------

BMBF

Dr. Jens Brandenburg	27, 30
Anke Reiffenstuel (Auswärtiges Amt)	24, 28



Sprechregister Sachverständige

	Seite
Dr. Enno Aufderheide	9, 18, 24, 25, 27
Prof. Dr. Angela Ittel-Polatschek	10, 17, 22, 24
Prof. Dr. Beate Kampmann	11, 17, 28, 29
Prof. Dr. Katrin Kinzelbach	13, 19, 20, 27
Dr. Kai Sicks	14, 18, 20, 22, 23, 26
Prof. Dr. Marc-Philippe Weller	15, 19, 26, 29



Tagesordnungspunkt 1

a) Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Eine interessen- und wertegeleitete Internationalisierung von Wissenschaft und Hochschulbildung

BT-Drucksache 20/9312

b) Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Rückzug der Bundesregierung aus der internationalen Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung stoppen – Deutsche Vermittlerorganisationen stärken

BT-Drucksache 20/9308

c) Antrag der Abgeordneten Dr. Marc Jongen, Nicole Höchst, Dr. Götz Frömming, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Die Abwanderung hochqualifizierter deutscher Wissenschaftler statistisch erfassen und gegensteuernd tätig werden

BT-Drucksache 20/6991

d) Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung zur internationalen Kooperation in Bildung, Wissenschaft und Forschung 2019 bis 2020

BT-Drucksache 20/45

e) Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung zur internationalen Kooperation in Bildung, Wissenschaft und Forschung 2021 bis 2022

BT-Drucksache 20/9880

Der Vorsitzende **Kai Gehring (BÜNDIND 90/ DIE GRÜNEN)**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie alle sehr herzlich zur 64. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung im Deutschen Bundestag. Wir kommen zuerst zu unserer öffentlichen Anhörung mit dem Titel Internationalisierung von Wissenschaft und

Hochschulbildung. Ich begrüße alle anwesenden Mitglieder des Ausschusses, auch die digital Zugeschalteten. Außerdem begrüße ich ganz besonders die Damen und Herren Sachverständigen: Dr. Enno Aufderheide für die Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH), Frau Professor Dr. Angela Ittel-Polatschek, Präsidentin der TU Braunschweig, heute für die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) in dieser Runde. Dann heiße ich willkommen Frau Professor Dr. Beate Kampmann von der Charité Universitätsmedizin Berlin vom Center for Global Health, Frau Professor Dr. Katrin Kinzelbach von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und zugleich für den Academic Freedom Index heute in dieser Runde. Ich begrüße auch Dr. Kai Sicks, Generalsekretär des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und Professor Dr. Marc-Philipp Weller, Universität Heidelberg, Prorektor für Internationales und Diversität. Die Anhörung findet offenkundig heute in Präsenzsitzung sowie gleichzeitig als WebEx-Videokonferenz statt und wird mit Videokonferenz-Technik aufgezeichnet. Zugleich wird sie auch live durch das Parlamentsfernsehen ausgestrahlt. An Sie Sachverständige schon einmal herzlichen Dank, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind. Zur Strukturierung der Anhörung gebe ich noch sachdienliche technische Hinweise. Gemäß einer interfraktionellen Vereinbarung wurde den Sachverständigen vorab kommuniziert, dass sie zu Beginn ein bis zu fünfminütiges Eingangsstatement abhalten können. Der Aufruf zu den Fragen wird dann in alphabetischer Reihenfolge der Sachverständigen erfolgen. Bei den Berichterstattenden und Fragenden richtet es sich nach der Fraktions- und Gruppenstärke. Jeder Fraktion und Gruppe stehen in der einleitenden Berichterstattendenrunde fünf Minuten für Fragen und Antworten zur Verfügung. Es gilt unser berühmtes Fünf-Minuten-Frage-Antwort-Kontingent. Bei den Nachfragenrunden verkürzt sich das Kontingent auf drei Minuten. Ende der Anhörung ist für 11.15 Uhr geplant. Zusätzlich zur Live-Übertragung und Dokumentation in der Mediathek des Deutschen Bundestags auf www.bundestag.de wird ein Wortprotokoll erstellt. Der Anhörung liegen zahlreiche Vorlagen zugrunde. Ich möchte eingangs einführen, dass wir als Ausschuss das gemeinsame Verständnis haben, dass



Wissenschaft von einem internationalen Austausch lebt. Wissenschaft überwindet Grenzen zwischen den Staaten und Köpfen. Gerade in Zeiten internationaler Krisen in unserer multipolaren Welt ist dies unerlässlich für internationale Verständigung, wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn und globale Wissensgerechtigkeit. Gemeinsam mit den Ländern treibt die Bundesregierung die Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung weiter voran. Dieser Anhörung liegen als Vorlagen insbesondere mehrere Parlamentsanträge zugrunde, die auch Impuls für die Neufassung der Internationalisierungsstrategie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) der Bundesregierung sein werden. Auch die China-Strategie, die Zukunftsstrategie Forschung und Innovation und die Nationale Sicherheitsstrategie setzen einen neuen strategischen Rahmen für die Ausrichtung unserer internationalen und auswärtigen Wissenschafts-, Forschungs- und Hochschulpolitik. All diese Strategiebildungsprozesse begleiten wir als federführender Ausschuss parlamentarisch und wissenschaftspolitisch unter anderem mit dieser Anhörung heute. Deshalb freuen wir uns jetzt auf die Eingangsstatement und die Expertise der Sachverständigen. Damit erteile ich zunächst das Wort der Alexander-von-Humboldt-Stiftung, Dr. Enno Aufderheide. Bitte schön.

Dr. Enno Aufderheide (Alexander von Humboldt-Stiftung Bonn): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Wir freuen uns sehr, dass Sie diese Anhörung angesetzt haben und dass Sie mit den Texten, die zugrunde liegen, noch einmal betonen, dass trotz der Polarisierung die Bedeutung der internationalen Forschungskooperation auch in nicht wissenschaftlichen Kontexten für die Standortwerbung, für die außenpolitischen Beziehungen, für die Entwicklungszusammenarbeit, aber natürlich auch für die Gewinnung von internationalen Fachkräften zunimmt. In den zugrunde liegenden Papieren sind überragend wichtige Punkte angesprochen. Ich will einen vorwegnehmen, nämlich die Erteilung der Visa an Akademiker aus Drittstaaten. Das ist etwas, was uns derzeit große Sorgen bereitet, weil es sehr viel Arbeit macht und weil es auch die Willkommenskultur

untergräbt. Gerade für Frauen, die auch Familienpflichten haben, ist das oft ein unüberwindbares Hindernis, um nach Deutschland zu kommen. Danach spricht das Papier den Punkt der Willkommenskultur auch außerhalb des Campus an, denn diese ist wichtig in den Ausländerämtern, in den Bürgerämtern, aber auch in puncto Fremdenfeindlichkeit auf der Straße. Wir befragen alle Geförderten nach Ende der Förderung und haben eine 100 Prozent Response-Rate. Davon träumen Sozialwissenschaftler. Wir sehen über viele Jahre, dass der Punkt, wie willkommen sie sich gefühlt haben, im Sinkflug ist. Dagegen müssen wir dringend etwas tun. Die Punkte Fremdenfeindlichkeit, Ausländerämter, aber auch Visa-Erteilung spielen mit hinein. Gerade der Text der Regierungskoalition legt große Betonung auf die Frage des Umgangs mit Geförderten oder die Kooperation mit autoritär regierten Staaten. Das ist in der Tat ein Thema, welches auch die Wissenschaftsorganisationen sehr beschäftigt. Ich möchte Ihnen kurz sagen, wie die Alexander von Humboldt-Stiftung damit umgeht. Wir haben bereits letztes Jahr in der ersten Stiftungsratssitzung ein Grundlagenpapier zu Forschungsförderung unter komplexen politischen Rahmenbedingungen verabschiedet. Wir sind keine Mitgliederorganisation. Deshalb haben wir Papiere, die sich gewissermaßen an uns selbst richten, aber auch eine erhebliche Verbindlichkeit entfalten. Darin haben wir klare Grundlagen für die Frage des Umgangs verabschiedet und das in der zweiten Stiftungsratssitzung verfeinert, sodass wir jetzt eine klare Handlungsgrundlage haben. Ich kann nicht auf Details eingehen, aber ich möchte drei Grundsätze noch einmal kurz nennen. Zunächst, die Alexander von Humboldt-Stiftung ist fest davon überzeugt, dass es ein klares strategisches Interesse von Deutschland gibt, mit China beispielsweise auch in Hochtechnologiebereichen weiterhin zusammenzuarbeiten. Umso präziser prüfen wir in unseren Prozessen die früheren Arbeitszusammenhänge und die Pläne für die Zukunft unserer Geförderten für ihre Zeit in Deutschland, sodass wir mit sehr hoher Klarheit erkennen können, wenn Arbeiten mit augenfälligem militärischem Bezug vorliegen, wenn eine Verletzung von Exportkontrollrechten droht, oder auch, wenn Ergebnisse für die



Oppression von Minderheiten genutzt werden könnten. Das ist aufwendig und ich freue mich, dass wir letzte Woche mit dem Auswärtigen Amt eine Übereinkunft getroffen haben, wie wir das finanzieren können. Es gibt zwei Punkte, die in diesen Papieren stehen, die ich nochmal explizit ansprechen möchte. Zum einen ist das die Minimierung der strukturellen Abhängigkeit von Forschenden mancher Länder gegenüber anderen ausländischen autokratischen Regierungen. Das begegnet uns immer wieder. Die Zeitschrift Nature hat bereits vor fünf Jahren sehr deutlich analysiert, wie China seine Belt and Road-Initiative nutzt, um die Wissenschaftsbeziehungen auszubauen. Ich möchte kurz ein Zitat daraus bringen: „Wenn mehr junge Leute nach China statt in die USA gehen, werden ihre Verbindungen zu den westlichen Ländern noch weiter abnehmen.“ Das ist, was wir erkennen und was uns auch die Alumni bestätigen. Ihre jungen Leute bekommen so gute Angebote aus China, dass der Anteil derer, die nach China gehen, immer größer wird. Wir bekommen keinen Fuß mehr in die Tür, wenn wir dem nicht etwas entgegensetzen. Deshalb freue ich mich, dass die afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung gerade neu formuliert werden und dass auch die Forschung darin eine Rolle spielen wird. Denn gerade in Afrika entscheidet sich vielleicht die Zukunft Europas und das hängt auch mit der Frage zusammen, ob wir unsere Forschungskooperationen dort erhalten und ausbauen können. Die Forschung in Afrika wächst erheblich und wir sollten unbedingt mit im Spiel sein. Zurzeit werden unsere Netzwerke kleiner und schwächer. Ich denke, wir müssen auch für unsere diplomatische Durchsetzungsfähigkeit darauf achten, dass die Netze nicht reißen. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Danke an Sie. Für die HRK rufe ich jetzt Frau Professor Dr. Angela Ittel-Polatschek auf.

Prof. Dr. Angela Ittel-Polatschek
(Hochschulrektorenkonferenz): Ich freue mich sehr, hier sein zu können und die Perspektive der Hochschulrektorenkonferenz zu vertreten, die ich als Vizepräsidentin für Internationales, Diversität und Gleichstellung inne habe. Sie haben es schon gesagt und wir stimmen dem auch zu, die Internationalisierung leistet unverzichtbare

Beiträge für all unsere Leistungsdimensionen an den Hochschulen. Daher begrüßen wir sehr, dass wir heute aufgrund Ihrer zugrunde liegenden Anträge dieses Thema adressieren können. Ich werde auf ein paar zentrale Handlungsfelder mit Blick auf notwendige Verbesserung der Rahmenbedingungen für Internationalisierung unserer Hochschulen eingehen. Diese Handlungsnotwendigkeiten ergeben sich, insbesondere in den letzten Jahren, aus der Auswirkung der geopolitischen Veränderungen auf internationale Zusammenarbeit, zum anderen aus den infrastrukturellen und regulatorischen Rahmenbedingungen der Hochschulen. Das Thema ist sicherlich nicht neu. Seit vielen Jahren setzen sich die deutschen Hochschulen intensiv damit auseinander, dass internationaler Austausch und internationale Zusammenarbeit nicht nur Chancen, sondern auch Risiken birgt. Wir sind uns dieser Verantwortung besonders bewusst. Die HRK und viele andere Institutionen, die auch hier am Tisch sitzen, haben Empfehlungen verabschiedet, die sich mit den neuen Gegebenheiten in internationalen Kooperationen auseinandersetzen. Wir schreiben diese Papiere für unsere Mitglieder und diskutieren sie intensiv mit ihnen. Deshalb gibt es auch Leitfragen zur Hochschulkooperation mit China. Seit dieser Veröffentlichung haben die HRK-Empfehlungen sowie Veröffentlichungen mit anderen Organisationen, eine breite Debatte ausgelöst, auch zwischen unseren Partnerinstitutionen und Organisationen. Insofern ist hier die Debatte sehr dynamisch, wenngleich wir immer wieder bemerken müssen, dass unsere Hochschullehrenden, unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, immer wieder vor neuen Herausforderungen stehen und wir hier nicht lockerlassen können, um sie zu informieren und zu sensibilisieren. Klar ist auch, dass es in diesem komplexen Handlungsrahmen keine Musterlösungen gibt. Es geht um Einzelfallentscheidungen. Obwohl manche Informationen zentral aufgebaut werden sollten, wie insbesondere die Expertise in der Exportkontrolle und der Umgang mit schwierigen Partnerinnen und Partnern, muss es letztlich eine Hochschulentscheidung bleiben. Die Hochschulen müssen befähigt werden, entscheiden zu können, mit wem sie zusammenarbeiten können. Ich möchte kurz noch sechs Punkte nennen, die die



notwendigen Rahmenbedingungen skizzieren. Wir müssen erstens Fragen zur Sprachenkompetenz ernst nehmen. Hier geht es darum, dass manche Studierende nach Deutschland kommen, die englischsprachige Studiengänge belegen. Die Hochschulen sind gefordert, die Sprachkenntnisse aufzubauen. Die Debatte geht meist darum, ob die internationalen Studierenden so gut Deutsch lernen müssen, dass sie dann in den Arbeitsmarkt integrierbar sind. Wie können wir den Arbeitsmarkt befähigen, Studierende beziehungsweise Absolventinnen und Absolventen zu integrieren, die noch nicht perfekt oder im notwendigen Maße Deutsch sprechen? Die Sprachkompetenz ist ein sehr wichtiger Faktor in der erfolgreichen Bewältigung des Studiums. Die HRK begrüße es zweitens sehr, wenn in allen Bundesländern die rechtlichen Grundlagen für eine Flexibilisierung des Hochschulzugangs geschaffen werden. Das ist ein sehr wichtiges und herausforderndes Problem für uns, dass wir gemeinsam mit verschiedenen Hochschulen und Studienkollegs oder auch in Eigenregie die Hochschulen ermächtigen, eigene Hochschulzugangsregelungen zu schaffen. Drittens sind seit vielen Jahren erhebliche Hürden und Engpässe im Bereich der Visavergabe zu beobachten. Die seitens des Auswärtigen Amtes eingeleiteten Reformmaßnahmen sind zu begrüßen. Dennoch kommt es immer wieder zu Engpässen, die erhebliche Schwierigkeiten dabei bereiten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Studierende bei uns zu begrüßen. Viertens erfordern neue digitale oder hybride Studienformate, an denen internationale Studierende im zunehmenden Maße teilnehmen, aus Sicht des HRK eine weitere Anpassung des regulatorischen Rahmens. Dies gilt insbesondere mit Blick auf Immatrikulationsfragen und soziale Absicherungen für Studierende, die zwar an unseren Studienangeboten teilnehmen, aber nicht vor Ort sind. Die HRK hat dafür bereits den Studierendenstatus der internationalen Teilleistungsstudierenden vorgeschlagen. Fünftens ist es aus Sicht der HRK unangemessen, dass eine Vielzahl von Unterstützungs- und Begleitungsmaßnahmen allein durch extern eingeworbene Drittmittel finanziert wird. Das gibt uns als Hochschulen nicht die notwendige Kapazität, beispielsweise Welcome-Center oder Career-Services besonders für diese Gruppen,

dauerhaft vorzuhalten. Last but not least ist es eine gemeinsame Aufgabe, öffentlich für Weltoffenheit, Meinungsvielfalt und unsere demokratischen Grundwerte als Grundlagen allen hochschulischen Handels einzutreten. Seit 2015 treten die in der HRK zusammengeschlossenen Hochschulen mit der Initiative Weltoffene Hochschulen gegen Fremdenfeindlichkeit für Aufgeschlossenheit und Weltoffenheit ein und reagieren damit auf rassistisch motivierte verbale und physische Gewalt, die auch internationale Studierende, Forschende und Mitarbeitenden an den Hochschulen traf und betrifft. Dies ist mir besonders in der aktuellen Zeit wichtig zu betonen. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Dankeschön, Sie waren deutlich über der Redezeit. Deshalb wäre es schön, wenn die anderen sich an die Zeiten halten. Danke, Frau Ittel. Frau Professor Kampmann spricht für die Charité.

Prof. Dr. Beate Kampmann (Charite Centre for Global Health): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, guten Morgen. Ich danke Ihnen herzlich für die Einladung und die Gelegenheit, uns zu einem Thema äußern zu dürfen, dass uns als Wissenschaftler im globalen Gesundheitswesen jeden Tag im Großen wie im Kleinen begegnet. Zunächst muss ich selbst einen klaren Interessenkonflikt angeben. Ich bin ein typisches Produkt internationaler Wissenschaftsmobilität im europäischen, angelsächsischen und afrikanischen Raum, weil ich seit Jahren an internationalen Kollaborationen, insbesondere in Afrika, arbeite. Deshalb werde ich die Vorteile und Verdienste dieser Ausrichtung immer repräsentieren wollen. Aber vielleicht haben Sie mich deshalb auch eingeladen. Ich beginne erst einmal mit unserem Wissenschaftsauftrag und bau das ein oder andere Beispiel ein. Starke, unabhängige Forschungseinrichtungen in Low- und Middle-Income Countries und stabile Kooperationen sind von beiderseitigem Interesse. Sie führen nicht nur zum Aufbau von wissenschaftlicher Expertise und hochwertigen Forschungsplattformen in den Partnerländern, sondern sie ermöglichen den deutschen Forschungseinrichtungen Zugänge zu zusätzlichen Forschungspartnern und Ressourcen. Sie eröffnen allen beteiligten Partnern neue Perspektiven und Problemlösungen für die



Bewältigung komplexer, lokaler und internationaler Krisen, die wir täglich erfahren, und zunehmend gemeinsam lösen müssen. Beispiele sind Forschungsinitiativen im Rahmen der Klimakrise, zu Themen wie Hitzeexposition oder Vektorenübertragung von Infektionskrankheiten wie Dengue und dem West Nile Virus. Wie wir bei SARS-CoV-2 schon gesehen haben, besteht generell die Notwendigkeit, Daten über sich entwickelnde Infektionskrankheiten auf internationalen und geteilten Open Science-Plattformen zu kommunizieren. Dazu muss es Überwachungsstrategien und ausgebildetes Personal an allen Stellen mit interdisziplinärem Ansatz geben. In der Praxis sieht es aber so aus, dass die Öffentlichkeit Investitionen in Wissenschaft und Bildung in Low- und Mittel-Income-Countries häufig mit Entwicklungshilfe verwechselt. Hier muss eine klare Unterscheidung im Narrativ erreicht werden. Was brauchen wir jetzt in der Hochschulbildung und wissenschaftlichen Zusammenarbeit, um die Kooperation insbesondere im Gesundheitsforschungsbereich zu stärken? Für mich gibt es zwei zentrale Punkte. Das Prinzip der Partnerschaft auf Augenhöhe ist schon ausdrücklich in den deutsch-afrikapolitischen Leitlinien formuliert. Jetzt müssen wir das in unseren Wissenschaftskollaborationen umsetzen, damit nicht nur Lippenbekenntnisse stattfinden. Die Politik sollte Lösungen finden, um die Rollenverteilung zwischen den deutschen Universitäten und Partnern in Low- und Mittel-Income-Countries neu zu definieren und Projektförderungen so aufzusetzen, dass eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe und der Aufbau von entsprechenden Forschungsmanagement-Kapazitäten an den Partnereinrichtungen möglich ist. Das bedeutet, dass solche Einrichtungen auch antragsberechtigt sein sollten. Die Deckung von Gemeinkosten bei längerfristigen Forschungsmanagement-Kapazitäten wird auch in unseren Institutionen gebraucht und muss gewährleistet werden. Die Schwerpunktthemen der Forschung sollen gemeinsam mit den Partnern identifiziert und an nationalen Prioritäten angepasst werden. Das zweite Thema ist Langfristigkeit. Die Schaffung langfristiger Finanzierungsperspektiven sollte deutsche Forschungseinrichtungen in die Lage versetzen,

langfristig und für beide Seiten vorteilhafte Partnerschaften aufzubauen und das Risiko des Zerfalls von Strukturen zu mindern. Gerade für deutsche Universitäten, die solche Kooperationen nur aus projektgebundenen Drittmitteln finanzieren können, ist das schwierig. Sogenannte Impacts, welche jeder messen will, erreicht man nicht über Nacht und meistens auch nicht mit einem einmaligen zweijährigen Forschungsprojekt. Ein gutes Beispiel sind die vom BMBF geförderten Forschungsnetzwerke für Gesundheitsinitiativen in Sub-Sahara-Afrika, welche aber auch als sehr bürokratisch empfunden werden. Ein Beispiel aus der EU ist die Partnerschaft mit der afrikanischen Research University Alliance (ARUA) und der Guild of European Research Intensive Universities. Dort sind mehrere Africa-Europe Clusters of Research Excellence gegründet worden, die auf diesen partnerschaftlichen Prinzipien beruhen und gemeinsame Forschungsinteressen teilen, jetzt aber Investitionen brauchen. Wenn wir in solche Partnerschaften auf Augenhöhe langfristig investieren, dann tragen deutsche Universitäten und deutsche Steuergelder direkt zur Umsetzung der 2023 EU-Initiative bei und unterstützen sowohl die deutsche Strategie für Global Health als auch die EU-Innovationsagenda. Im Rahmen von Global Health kann damit ein langfristig angelegtes EU-Kooperationsmodell in der Wissenschaft geschaffen werden. Das ist eine Win-Win-Situation. Den politischen Einfluss der Wissenschaftskooperation dürfen wir nicht unterschätzen. Investitionen in bilaterale, Beziehungen zu Forschern, Einrichtungen und Regierungen halten Gesprächskanäle offen, was insbesondere in Zeiten angespannter politischer Situation essenziell ist. China und Russland bemühen sich fleißig und erfolgreich, dieses Feld in Afrika abzudecken. Mein Fazit lautet: eine Interessen- und Wertgeleitete Internationalisierung von Wissenschaft und Hochschulbildung ist aus all diesen Gründen nur zu unterstützen, wie wir sie gerade in Berlin mit dem Global Health Center der Berliner Universitätsalliance und mit dem durch das BMBF geförderten German Alliance for Global Health Network realisieren. Herzlichen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Kampmann. Dann kommen wir jetzt zu Frau Professor Dr. Katrin Kinzelbach für die Friedrich-



Alexander-Universität und den Academic Freedom Index.

Prof. Dr. Katrin Kinzelbach (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg): Vielen Dank, Herr Ausschussvorsitzender, sehr geehrte Bundestagsabgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren. Ich möchte zu Beginn betonen, dass die Internationalisierung im akademischen Alltag für uns alle seit dem Ende des Kalten Krieges spürbar zugenommen hat. An meiner Universität beispielsweise, der FAU Erlangen-Nürnberg sind im laufenden Wintersemester fast 40.000 Studierende eingeschrieben und fast jeder fünfte davon kommt aus dem Ausland. Allein in unserem Masterstudiengang Human Rights hatten wir bereits Studierende aus über 60 Ländern und vor diesem Hintergrund kann ich die Kommentare zur Visa-Vergabe nur unterstützen. In einem freien und weltoffenen Wissenschaftsstandort wie Deutschland ist nicht nur die Wissenschaft als Prozess, sondern auch die Universität als Institution ohne Internationalisierung überhaupt nicht denkbar. Internationalisierung bedeutet schon lange nicht mehr nur innereuropäischer oder transatlantischer Austausch. Wenn wir in einer globalisierten Welt wissenschaftlich erfolgreich und nicht auf nationalstaatliche oder eurozentrische Perspektiven und Kapazitäten zurückgeworfen werden wollen, brauchen wir die Mobilitätsprogramme, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, weiterhin. Jedoch ist die Internationalisierung der Wissenschaft- und Hochschulausbildung heute deutlich komplexer, als wir das am Ende des Kalten Krieges ahnen konnten. Dass Wissenschaftsfreiheit insbesondere in autokratisch regierten Ländern bedroht ist, zeigen empirische Daten, die wir gemeinsam mit dem Varieties of Democracy (V-Dem) Institut an der Universität Göteborg für den Academic Freedom Index zusammengetragen haben. Am 7. März kommen unsere neuen Daten heraus. Vor dem Hintergrund einer laufenden Autokratisierungswelle und rückläufiger Wissenschaftsfreiheit ist es richtig, dass Deutschland Schutzprogramme für verfolgte Forschende finanziert und diese in Europa abstimmt. Der Aufstieg von leistungsstarken Wissenschaftssystemen in autokratisch regierten Ländern, allen voran der Volksrepublik China, stellt uns vor große Herausforderungen, denn der Grundsatz von autonomen Universitäten gilt dort

nicht. Man muss das so ohne Wenn und Aber feststellen. Wo Wissenschaft als Machtinstrument genutzt und nicht als öffentliches Gut gefördert wird, gelten andere Spielregeln. Wir müssen Internationalisierung nicht nur in der Dual-Use-Forschung neu denken, sondern uns bei allen institutionellen Kooperationen und sogar innerhalb des individuellen Austauschs mit der fehlenden Rechtssicherheit in autokratischen Staaten, mit repressiven Praktiken und propagandistischen Einnahmeversuchen auseinandersetzen. Deshalb halte ich den De-Risking-Ansatz der Bundesregierung, wie er in der China-Strategie sowie in der nationalen Sicherheitsstrategie niedergeschrieben ist, für richtig. Wie genau wir dieses De-Risking im deutschen Wissenschaftssektor zukünftig sinnvoll und auch mit einer gewissen Effizienz und Dringlichkeit voranbringen können, haben wir, trotz vieler Empfehlungen bisher unzureichend erklärt. Wenngleich das De-Risking außenpolitisch wichtig ist, ist es wissenschaftspolitisch durchaus heikel. Die Internationalisierung von Wissenschaft und Hochschulbildung steckt derzeitig in einem Dilemma zwischen Offenheit und Freiheit einerseits, sowie legitimen Sicherheitsinteressen und der Abwehr autokratischer Einflussnahme andererseits. Dieses Dilemma erinnert in gewisser Weise an das Dilemma der wehrhaften Demokratie, welches erstmals von Karl Löwenstein in den 1930er-Jahren beschrieben wurde und uns auch heute aus erschreckenden Anlässen wieder beschäftigt. In Anlehnung an die wehrhafte Demokratie plädiere ich gemeinsam mit Eva Pilz, einer Kollegin am King's College London, für eine wehrhafte Wissenschaft, also eine wehrhafte Haltung von akademischen Einrichtungen und einzelnen Akteuren innerhalb dieser Einrichtungen, die ihre Wissenschaftsfreiheit und Integrität auch grenzüberschreitend gegenüber Autokratien verteidigen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wissenschaftliche Exzellenz nicht nur in Demokratien zu finden ist, aber wir müssen auch daran festhalten, dass institutionelle Autonomie auch in geopolitisch schwierigen Zeiten wichtig bleibt. Insofern sollte der Staat nicht in die universitären Aufgaben eingreifen. Wehrhafte Wissenschaft kann nur im Kontext eines demokratischen Staates verwirklicht werden, der



die Autonomie der akademischen Institutionen respektiert, den Universitäten ein eigenverantwortliches De-Risking zutraut, dabei nach Bedarf unterstützt und vor allem an der Internationalisierung der Wissenschaft und Hochschulbildung festhält. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Professor Kinzelbach und ich rufe für DAAD Dr. Kai Sicks auf.

Dr. Kai Sicks (Deutscher Akademischer Austauschdienst e.V. Bonn): Herzlichen Dank, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder des Deutschen Bundestages. Ich freue mich, heute hier sein zu dürfen, denn die Internationalisierung in Bildung, Hochschulbildung und Wissenschaft ist das Kerngeschäft des DAAD. Insofern freue ich mich auf den Austausch. Wir sind wie Sie, was aus den Entschließungsanträgen der Regierungsfraktionen und der Darstellungen der CDU und CSU hervorgeht, überzeugt, dass der Kooperationsraum Wissenschaft in der aktuell angespannten Weltlage eine große und wachsende Bedeutung spielt. Wissenschaftliche Ergebnisse sind zunehmend von Strategischem- und Sicherheitsinteresse, weil die hervorragende Position Deutschlands im Academic Freedom Index eine besondere Verantwortung begründet. Außerdem trägt der akademische Austausch mit vielen Ländern der Welt auch weiterhin dazu bei, enge und gute Beziehungen nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zu pflegen. Internationale Hochschulbildung leistet einen Beitrag dabei die Fachkräfte von morgen auszubilden, die wir alle ersehnen. Ich möchte Ihnen drei Beispiele geben und dabei skizzieren, wie der DAAD vor diesem Hintergrund eine interessen- und wertegeleitete deutsche Außenwissenschaftspolitik mitgestaltet. Erstens, wir unterstützen nachdrücklich eine chancen- aber auch risikoorientierte Internationalisierung der deutschen Hochschulen. So berät beispielsweise unser Kompetenzzentrum Internationale Wissenschaftskooperation (KIWI) die Hochschulen dabei sowohl Potenziale der internationalen Zusammenarbeit zu identifizieren als auch das Verständnis für länderspezifische Rahmenbedingungen der Kooperation zu gewinnen, insbesondere in autoritär regierten Ländern. Sie nehmen mögliche Risiken von

Kooperationen in den Blick und bauen klare Prüfverfahren auf und aus. Besonders nachgefragt in diesem Zusammenhang ist die Zusammenarbeit mit China. Wir haben als DAAD Mitte Januar dieses Jahres ein Empfehlungspapier veröffentlicht, das sich an die deutschen Hochschulen richtet und ihnen Ratschläge aufzeigt, wie sie die Zusammenarbeit mit China realistisch und gleichzeitig erfolgreich gestalten können. Dabei steht eine klare Interessenorientierung, aber auch ein De-Risking einschließlich der Dual-Use Prüfung, der Due-Diligence Prüfung und der Etablierung von klaren Zulassungs- und Zugangsverfahren innerhalb der Hochschulen im Zentrum. Das alles ist eingerahmt von einer dringend zu stärkenden China-Kompetenz. Zweitens erachten wir ebenfalls angesichts der weltweit zunehmenden autoritären Tendenzen die Stärkung der Wissenschaftsfreiheit und die Teilhabe von jungen Menschen an Hochschulbildung für zentral, insbesondere dort, wo jenen in ihren Herkunftsländern das Recht auf Bildung, aber auch andere Grundrechte verwehrt werden. Mit dem vom Auswärtigen Amt (AA) finanzierten Hilde-Domin-Programm können wir 225 Studierenden und Promovierenden aus aller Welt ein Studium oder eine Promotion an einer deutschen Hochschule in einer sicheren Umgebung ermöglichen. Ein anderes Beispiel ist das Stipendienprogramm Leadership for Africa, ebenfalls vom AA finanziert, welches Geflüchteten aus Sub-Sahara-Afrika ein Masterstudium in Deutschland ermöglicht und ihnen dabei auch zusätzliche berufsqualifizierende Kompetenzen, die sie auf verantwortungsvolle Rollen in der Zukunft vorbereiten, vermittelt. Das bringt mich zum dritten und letzten Punkt, dem enormen Potenzial internationaler Studierender als Fachkräfte von morgen. Wir haben jüngst eine neue Fachkräfte-Initiative gestartet, bestehend aus den beiden BMF-geförderten Programmen „Förderung internationaler Talente zur Integration in Studium und Arbeitsmarkt“ (FIT) und Profi, mit dem wir zur Fachkräftegewinnung in Deutschland beitragen möchten. Das Programm FIT geht im April an den Start und fördert 90 deutsche Hochschulen dabei, konkret drei Stellschrauben zu bedienen. Diese drei Stellschrauben sind die fortgesetzte Gewinnung und Vorbereitung



internationaler Studierender, die dringend nötige Verbesserung des Studienerfolgs internationaler Studierender, denn dieser ist noch immer deutlich schlechter als der deutscher Kommiliton/-innen und die Gestaltung des Übergangs nach Abschluss des Studiums in den deutschen Arbeitsmarkt. Der Fokus des Programms liegt auf Bereichen, die vom Fachkräftemangel besonders betroffen sind, wie MINT-Fächer, Gesundheits- und Pflegeberufe, aber natürlich auch Erziehungswissenschaften und Pädagogik. Die genannten Aktivitäten in diesen drei Themenfeldern sowie zahlreiche andere bedürfen einer angemessenen Ressourcenausstattung. Dabei ist uns im DAAD durchaus klar, dass der Bundeshaushalt gegenwärtig unter Druck steht. Umso mehr freut es uns, dass die institutionelle Förderung des DAAD, die die Koalition der Bundesregierung in Aussicht gestellt hat, im Durchschnitt seit 2021 fast um jährlich drei Prozent angewachsen ist. Wir würden das gerne fortsetzen. Wir brauchen, damit die Aktivitäten so weitergehen können, eine Kontinuität für den Aufwuchs und keine Umkehrung. Danke Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, für die Unterstützung in den letzten Monaten und Jahren und ich freue mich auf den Austausch mit Ihnen.

Der Vorsitzende: Ich danke dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und ein abschließender Impuls in der Statementrunde kommt jetzt von Professor Dr. Weller von der Universität Heidelberg. Bitte schön.

Prof. Dr. Marc-Philippe Weller (Universität Heidelberg): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Sehr geehrte Bundestagsabgeordnete, ich freue mich ebenfalls hier sprechen zu dürfen und schließe mich den Punkten meiner Vorredner/-innen an. Das kann ich aus Sicht der Universität Heidelberg nur unterstützen. Ich möchte zwei Schritte beleuchten. Zunächst unterstreiche ich die Bedeutung der Internationalität für Universitäten noch einmal und zweitens greife ich ein paar Maßnahmen auf. Sie haben erfreulicherweise in Ihren Fraktionspapieren alle schon aufgelistet. Zunächst zur Bedeutung der Internationalität für Universitäten: Das Modell der Europäischen Universität, das in Bologna 1988 seinen Ausgangspunkt nahm und dann über Salamanca, Oxford, Sorbonne nach Deutschland fand, ist ein

globales Erfolgsmodell und ein echter Exportschlager. Die Einheit von Forschung und Lehre, zurückgehend auf Humboldt in Berlin, hat sich weltweit durchgesetzt. Das Ganze war seit Beginn international aufgezogen. Von Anfang an gab es die grenzüberschreitende Mobilität der Dozierenden, aber auch der Studierenden. Das gehört zu diesem Erfolgsmodell dazu. Es wurde bereits betont, dass Weltklasse-Forschung nur durch diese Internationalität möglich ist. Best Practice entwickelt sich durch diesen internationalen Austausch. Die Corona-Pandemie, die wurde von der Charité hervorgehoben, ist dafür ein Beispiel. Wir in Heidelberg profitieren, ähnlich wie in Erlangen sehr von den internationalen Studierenden. 25 Prozent unserer Studierenden kommen aus dem Ausland, circa 7000 Menschen. Das ist eine enorme Zahl. Zugleich bilden die Universitäten einen wesentlichen Pfeiler der modernen Gesellschaften. Im Jahr 1900 studierten weltweit nur 500.000 Menschen an Universitäten. Heute sind es 250 Millionen. Das ist eine Steigerung um das 500-fache. Es zeigt, dass wir nicht nur über die Bildung am Rande sprechen, sondern über einen zentralen Pfeiler moderner Gesellschaften. Soziologischen Studien zufolge ist es so, dass für die Berufe der Zukunft an den Universitäten kein Weg dran vorbeiführt. Welche Maßnahmen sind für die Internationalisierung zu empfehlen? Wir haben vom DAAD und von der Alexander-von-Humboldt-Stiftung, zwei weltbekannte Brandmarks der Bundesrepublik, schon gehört, dass sie weiterhin gefördert werden sollten. Sie haben etablierte, bewährte Programme, die dafür sorgen, dass qualitativ hochwertige Studierende, aber auch Forscher/-innen aus dem Ausland zu uns kommen. Das unterstreichen wir maßgeblich. Der zweite Punkt, der zuvor genannt wurde, den wir dennoch noch einmal betonen wollen, ist die Visa-Erteilung durch die deutschen Botschaften im Ausland. Hier klemmt es im Moment und das muss sich dringend ändern, weil das kein gutes Zeugnis der Bundesrepublik im Ausland ist. Wenn die internationalen Studierenden nicht rechtzeitig die Visa erhalten, können sie nicht einreisen. Sie kommen verspätet zu Vorlesungen und bleiben auch auf dem Wohnungsmarkt hängen. Sie gehen stattdessen in andere Länder, wo schneller Visa erteilt werden. Ein weiterer Punkt, der noch nicht genannt wurde, aber zu



erwägen wäre, ist Artikel 91b des Grundgesetzes. Dieser erlaubt eine Kofinanzierung des Bundes mit den Ländern in Bereichen, in welchen die Hochschulautonomie liegt. Ein weiteres Desiderat wäre der Wohnheimbau für international Studierende, bei dem es ebenfalls klemmt. Es gibt die allgemeine Wohnungsnot in Deutschland, aber für die internationalen Studierenden und Gäste ist dies eine besondere Herausforderung, weil sie durch den Grenzübertritt nicht so vertraut mit der Wohnungssituation sind, wie Inländerinnen. Daher ist darüber nachzudenken, ein Wohnheimförderungsprogramm aufzusetzen. Es würde gleichzeitig die Baukonjunktur sowie den Wohnungsmarkt ankurbeln und Fachkräfte bündeln. Lassen Sie mich zum Schluss noch einen Punkt betonen, der auch noch nicht erwähnt wurde, nämlich die europäischen Hochschulallianzen, die sogenannten europäischen Universitäten. Heidelberg ist zum Beispiel Mitglied der 4U-Plus-Allianz. Sie besteht aus der Sorbonne, der Universität in Prag, Warschau, Kopenhagen, Mailand, Genf und Paris-Panthéon-Assas. In diesem Modell liegen meines Erachtens die Universitäten der Zukunft. Die Idee dieser europäischen Universitäten geht zurück auf Emmanuel Macron, der das an der Sorbonne vor sieben Jahren vorgestellt hat. Die EU-Kommission hat es aufgegriffen, aber auch Bundeskanzler Scholz hat die Bedeutung dieser europäischen Universitäten in einer beeindruckenden Rede in Prag unterstrichen. Wir haben in Deutschland inzwischen über 50 Hochschulen, die an solchen Allianzen beteiligt sind. Der Gedanke ist, einen integrierten Campus zwischen diesen Universitäten zu bilden, wo eine physische, aber auch virtuelle Mobilität möglich ist. Das heißt, die Studierenden profitieren von dem Angebot der anderen Universitäten und können hier mobil umhergehen. Das macht das Ganze aus Sicht von Drittstaaten enorm attraktiv, die dadurch, wenn sie beispielsweise an der Sorbonne studieren, gleichzeitig an einer deutschen Hochschule studieren können. Wir in Heidelberg konnten die Mobilität allein durch dieses Modell mit den Partneruniversitäten um das Zehnfache steigern, was eine enorme Zahl ist. Das Projekt wird dankenswerterweise durch Bundesgelder unterstützt, welche nämlich über den DAAD vermittelt werden. Diese Co-Finanzierung, die nicht nur von der EU kommt, ist vorbildlich in

Europa und wird in anderen Ländern als Maßstab leuchtend hervorgehoben. Das sollte beibehalten werden. Wenn ich also eine Bitte oder eine Anregung an Sie richten darf, dann fördern Sie weiterhin diese Universitäten der Zukunft. Dankeschön.

Der **Vorsitzende**. Danke, Herr Weller. Danke an alle Sachverständigen für die Statementrunde. Ich eröffne jetzt die Berichterstatterinnen- und Berichterstatterrunde und für die SPD-Fraktion startet der Kollege Rupert Stüwe.

Abg. **Rupert Stüwe** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank, dass Sie sich die Zeit nehmen und zu unserer Anhörung kommen. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir das Thema Internationalität in der Wissenschaft und Forschung noch einmal prominent auf die Tagesordnung gesetzt haben. Wir haben als Koalition einen umfassenderen Antrag eingebracht, als das sonst vielleicht der Fall ist, weil wir das in Zeiten veränderter globaler Beziehungen, aber auch in Zeiten, in denen klar werden muss, dass Internationalität zu Wissenschaft und Forschung dazugehört, noch stärker in den Mittelpunkt der Debatte rücken müssen. Die Positionen der Koalition kennen Sie durch den Antrag, aber ich will es trotzdem in drei Punkten kurz zusammenfassen. Für mich ist es besonders wichtig, dass wir frei und international vernetzt forschen können und dass wir die politischen Grundlagen dafür schaffen. Dazu gehört auch, dass man diese Forschung, und zwar die einzelnen Forscherinnen und Forscher, aber natürlich auch das Umfeld, in dem das stattfindet, in Sicherheit bringen muss. Des Weiteren sollten wir noch einmal schauen, wie wir als Bundesrepublik aber auch als Wissenschaftssystem international verantwortungsvoll agieren können. Ich möchte eine Sache vor die Klammer ziehen, und zwar das Thema Visa-Vergabe, weil ich weiß, dass dies alle Kolleginnen und Kollegen beschäftigt und dass wir alle in starken Diskussionen stecken. Außerdem habe ich bereits gehört, obwohl ich noch nicht so lange dabei bin, dass es nicht nur an Regierungsfraktionen hängt, sondern dass es ein Thema ist, welches uns lange beschäftigt und bei dem ich auch für ein wenig Verständnis für die Kollegen im Auswärtigen Amt werben möchte.



Dennoch ist mein Erleben, dass wir alle engagiert dahinter sind dies zu verbessern. Ich würde Frau Professor Ittel fragen wollen, wie sich das Thema Internationalisierung, gerade mit Bezug auf das Thema Sicherheit in den letzten zwei Jahren in den deutschen Hochschulen verändert hat.

Prof. Dr. Angela Ittel-Polatschek

(Hochschulrektorenkonferenz): Die Auswirkungen der Corona-Pandemie spüren wir immer noch, denn die internationalen Lehrangebote haben sich dadurch, dass wir weitaus mehr digital anbieten, enorm verändert. Ich bin in meinem Statement darauf eingegangen, dass wir auch die Statusveränderungen benötigen. In Bezug auf die Visa-Vergabe merken wir, dass es immer schwieriger wird, den wachsenden Bedarf an internationalen Studierenden zu integrieren. Wir werden immer wieder nach Zahlen gefragt, aber die HHK hat keine Zahlen, wie viele Studierende dann tatsächlich nicht zu uns kommen können. Ich bin auch Präsidentin der TU9-Allianz und dort haben wir das versucht zu eruieren. Es sind ungefähr ein Drittel der internationalen Studienbewerberinnen, die nicht zu uns kommen können.

Abg. **Ruppert Stüwe** (SPD): Ja, ich hätte eine Frage an Frau Professor Kampmann. Ich glaube, wenn wir über die Veränderung internationaler Beziehungen in der Wissenschaft reden, dann reden wir ebenso viel über das Thema China. Das werden wir hier auch noch einmal machen. Mir ist wichtig, dass wir evaluieren, wie wir globale Beziehungen in der Wissenschaft anders gestalten können. Vielleicht könnten Sie uns sagen, was in einem hochkompetitiven System eigentlich die Ansatzpunkte sind, um Wissenschaft global und insbesondere mit Blick auf den globalen Süden zu stärken?

Prof. Dr. Beate Kampmann (Charite Centre for Global Health): Wie ich angemerkt hatte, gibt es mittlerweile Exzellenzcluster auch im sogenannten globalen Süden. Es gibt ausgezeichnete Wissenschaftler, die wir nicht auf dem Radar haben, weil die Mobilität dieser Wissenschaftler zurzeit sehr eingeschränkt ist. Ich denke, dass es keine Kompetenzprobleme gibt, sondern dass man sich auf Themen festlegen muss, die von gemeinsamem Interesse sind und diese dann durch postdoktorale Stipendien und internationalen Austausch bespielen kann. Das ist

absolut essenziell, denn bis 2050 wird jede vierte Person auf dem Planeten aus Afrika kommen. Es werden genau diese Leute sein, die mit uns gute Wissenschaft betreiben wollen. Wenn wir denken, dass wir die Idee des Exzellenzclusters gepachtet haben, ist einfach nicht der Fall. Exzellenz ist zurzeit eines der Probleme, welches uns alle angeht. Das muss viel globaler gedacht werden, denn wir können solche Angelegenheiten nicht nur mit unseren Universitäten in Deutschland lösen, wir brauchen die internationale Zusammenarbeit und das schließt auch die Länder des globalen Südens mit ein.

Abg. **Ruppert Stüwe** (SPD): Im Zusammenhang mit den Kooperationen wird häufig das Thema Brain-Drain angesprochen, deshalb möchte ich noch kurz nachfragen, ob Sie die Perspektive des globalen Südens, die Sie erlebt haben, einbringen können?

Prof. Dr. Beate Kampmann (Charite Centre for Global Health): Ja, ich bin auch ein Brain Recirculation in diesem Sinne. Die Möglichkeiten, die wir im internationalen Zusammenhang anbieten, führen oft wieder in die Länder zurück. Wenn wir es schaffen, Kapazitäten vor Ort aufzubauen, zum Beispiel durch Investitionen in Forschungsmanagement, dann haben Menschen einen Platz, an den sie zurückkehren können, denn viele wollen auch wieder in ihre Herkunftslander zurück. Dort haben sie Familien sowie persönliche Beziehungen und dort muss man eine Infrastruktur aufbauen, die dann den Wiedereintritt attraktiv gestaltet. Es werden Forschungsgelder von anderen internationalen Organisationen wie zum Beispiel Wellcome Trust angeboten, welche Re-Entry Grants geben, damit Menschen sich auch in ihren eigenen Universitäten wiedereinfinden können. Dafür braucht es kritische Massen von exzellenten Wissenschaftlern an diesen Universitäten, die durch Programme der internationalen Mobilität unterstützt worden sind.

Der **Vorsitzende**: Danke, Frau Kampmann. Dann rufe ich jetzt für die CDU/CSU-Fraktion den Berichterstatter Alexander Föhr auf.

Abg. **Alexander Föhr** (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender sowie vielen herzlichen Dank an die Sachverständigen seitens der CDU/CSU-Fraktion. Ich möchte meine erste



Frage an Herrn Doktor Aufderheide von der Alexander von Humboldt-Stiftung richten. Sie haben eben die Bedeutung der Vermittlerorganisationen betont, welche auch im Antrag der Regierungsfraktionen nochmals betont wird. Dennoch steigt die institutionelle Förderung der AvH nicht, wie im Koalitionsvertrag versprochen, um jährlich drei Prozent, sondern wird gekürzt. Was sind die Konsequenzen für das operative Geschäft, gerade vor dem Hintergrund der hohen Inflation in den vergangenen Jahren? Wen trifft die Reduzierung der Stipendienzahlen und mit welchem Budget planen Sie 2025? Meine zweite Frage richtet sich ebenfalls an Herrn Doktor Aufderheide, aber auch an Professor Weller und Herrn Doktor Sicks. Wir haben gerade schon besprochen, dass das internationale Klima deutlich rauer geworden und von Instabilität geprägt ist, insbesonders auch durch Staaten, mit denen die Bundesrepublik in der Vergangenheit eine intensive Zusammenarbeit im Bereich der Bildung und Forschung gepflegt hatte. Der Präsident des DAAD spricht in dem Zusammenhang von der Notwendigkeit einer Außenwissenschafts-Realpolitik. Die Internationalisierungsstrategie der Bundesregierung stammt jedoch von der Vorgängerregierung, nämlich aus dem Februar 2017. Meine Frage: Halten Sie die Strategie vor dem Hintergrund der veränderten Weltlage noch für zeitgemäß und falls nein, welche Erwartungen haben Sie an eine neue Internationalisierungsstrategie?

Dr. Enno Aufderheide (Alexander von Humboldt-Stiftung Bonn): Herzlichen Dank. Klar, wenn man weniger Geld zur Verfügung hat, kann man weniger umsetzen. Aber wie verteilen wir das? Wir haben zum einen, das Bundeskanzler-Stipendienprogramm eingestellt. Das tut mir persönlich ausgesprochen weh, denn es ist ein hervorragendes Programm. Aber es liegt nicht im Kern unserer Mission. Dadurch gewinnen wir Spielraum allerdings eigentlich erst ab 2025 und 2026. Kurzfristig haben wir, weil sie die einzige ohne hauptsächlich langfristige Bindungen ist, dieses Jahr die Alumni-Förderung massiv runtergefahren. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht vorschnell das Saatgut verteilen und wir hoffen natürlich, dass sich die finanzielle Situation verbessert. Wenn man ein oder zwei Jahre die Alumni-Förderung runterfährt, ist das nicht so

schlimm, wie wenn man deutlich in die Stipendienzahlen eingreift. Im Ergebnis bemühen wir uns sehr, die Stipendienzahlen wenig einzuschneiden. Trotzdem haben wir über die Jahre eine rückläufige Tendenz in der Zahl der Stipendien, die wir vergeben können. Wir hoffen, wir können das demnächst umkehren. Die Lage ist so, wenn wir die gleiche Kaufkraft haben wollten, die wir 2012 hatten, dann müssten die Stipendien jetzt 800 Euro höher sein. 800 Euro pro Monat fehlen also den Stipendiaten gegenüber der Kaufkraft der früheren Jahre, aber vor allem auch gegenüber der Kaufkraft der normalen Postdocs, die kein Elite- oder Exzellenzverfahren durchlaufen haben. Das ist ein Problem. Zum Budget 25 kann ich nicht viel sagen. Wir haben wiederholt geäußert, dass wir mittelfristig eine Erhöhung unseres Etats im Auswärtigen Amt um 10 Millionen Euro anstreben. Dass dies kurzfristig nicht erreichbar ist, ist klar. Dennoch hoffen wir sehr, dass sich die Lage verbessert. Wir arbeiten mit dem, was wir haben, aber um die Ziele zu erreichen, die wie uns auch gemeinsam mit unseren Zuwendungsgebern gesetzt haben, wären diese Zuwächse nötig.

Dr. Kai Sicks (Deutscher Akademischer Austauschdienst e.V. Bonn): Vielen Dank. Sie haben nach der Internationalisierungsstrategie und den notwendigen Anpassungen im Verhältnis zu 2017 gefragt. Ich würde drei Punkte nennen, welche meines Erachtens jetzt neu zu präzisieren wären. Das Erste ist das Thema Sicherheit, welches wir alle benannt haben und welches man sicherlich vor sieben Jahren noch nicht so klargesehen hat. Es stellt sich die Frage, wie sich das Wissenschaftssystem insgesamt stärker auf diese sicherheitspolitische Dimension von Wissenschaftskooperationen einstellen muss. Der zweite Punkt ist das Thema Willkommenskultur, beziehungsweise eher Integrationskultur. Wie schaffen wir es, die internationalen Studierenden und Wissenschaftler/-innen, die nach Deutschland kommen, auch in Deutschland zu integrieren, sie Teil der deutschen Gesellschaft werden zu lassen, damit sie den deutschen Arbeitsmarkt längerfristig mitbedienen können. Drittes Thema, das ich zurzeit vermehrt finde, ist die schon genannte Kooperation mit dem globalen Süden. Ich glaube, große Themen wie die globalen Herausforderungen und die gemeinsame Arbeit an



Problemen des Klimawandels, Hungers und Pandemien sollte stärker in den Vordergrund treten. Dazu müssen wir Kapazitäten im globalen Süden an den Hochschulsystemen aufbauen.

Prof. Dr. Marc-Philippe Weller (Universität Heidelberg): Danke, ich schließe mich den Vorpunkten an und möchte noch einen Punkt ergänzen. Das ist die europäische Zusammenarbeit, welche Sie alle auch fraktionsübergreifend betont haben. Ich glaube, wenn wir für die europäischen Universitäten Energie investieren, bekommen wir einen hohen Ertrag zurück. Es sind Leuchttürme der Wissenschaft, die global ausstrahlen und dann auch die Attraktivität für den globalen Süden erhöhen. Wir brauchen die Brain-Circulation, wie Sie betont haben, davon profitieren alle, wir hier in Deutschland, aber auch die Studierenden, die aus diesen Ländern kommen. Ich plädiere für die Stärkung Europas und ihrer Universität in der Zukunft, zum Beispiel der 4U-Platz.

Der Vorsitzende: Danke, Herr Weller. Als nächsten Berichterstatter für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen rufe ich mich ausnahmsweise selbst auf.

Abg. Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Internationalisierung von Wissenschaft hat einen riesigen Mehrwert für unser Land. Wissenschaft basiert seit jeher auf dem Austausch zwischen Menschen und Ideen verschiedener Kulturen und Kompetenzen. Sie haben als Sachverständige alle auf ein wesentliches Spannungsfeld hingewiesen, nämlich die Wissenschaftskooperation mit demokratischen und mit autoritären oder autokratischen Staaten. Ich glaube, wir brauchen maximale Wissenschaftsfreiheit einerseits und andererseits einen besseren Schutz unserer technologischen Souveränität und unserer Sicherheits- und Freiheitsinteressen angesichts geopolitischer Spannungen. Meine Frage richtet sich an Frau Professor Katrin Kinzelbach. Sie haben mit einer Forschungsgruppe den Academic Freedom Index erarbeitet und angewandt. Wir freuen uns schon auf die nächste Auswertung. Wie bewerten Sie die internationale Mobilität von Studierenden und Forschenden deutscher Hochschulen mit Blick auf die Wissenschaftsfreiheit? Also zugespitzt, sollte die Mobilität auch dann gefördert werden, wenn im Zielland die Wissenschaftsfreiheit stark verletzt

oder nicht geschützt wird?

Prof. Dr. Katrin Kinzelbach (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg): Vielen Dank. Wir haben uns diese Frage tatsächlich für den DAAD 2022 angeschaut und uns gefragt, wohin eigentlich deutsche Studierende und Forschende gehen. Die Zahlen sind etwas veraltet, aber ich denke, dass die Größenordnung weiterhin ungefähr stimmt. Damals haben wir gesehen, dass mehr als 60 Prozent der geförderten deutschen Forschenden Länder für ihre Aufenthalte wählen, in denen die Wissenschaftsfreiheit gut geschützt ist. Aber immerhin 17 Prozent der geförderten deutschen Forschenden verbringen ihre Gastaufenthalte in Ländern, die auf dem Academic Freedom Index am unteren Rande liegen. Bei den Studierenden, die temporär und studienbezogen Zeit im Ausland verbringen, ist die Unwucht noch stärker. 80 Prozent gehen in Länder, in denen die Wissenschaftsfreiheit gut geschützt ist. Aber immerhin 10 Prozent aller Studierenden, die ins Ausland gehen, verbringen ihre Zeit in Ländern, in denen die Wissenschaftsfreiheit überhaupt nicht gut geschützt ist. Vor diesem Hintergrund möchte ich betonen, dass der Academic Freedom Index nicht dazu gedacht ist, bestimmte Länder von der Landkarte zu streichen, sondern eher die Risiken aufzeigt, um eine gute Vorbereitung möglich zu machen. Ich denke, wir müssen erstens festhalten, dass wir autokratische Staaten und ihre Wissenschaftssysteme nur verstehen können, wenn wir länger Zeit dort verbringen. Zweitens müssen wir mehr Autokratisierungskompetenz aufbauen als bisher. Eine interkulturelle Kompetenz reicht nicht mehr aus. Wir brauchen Autokratisierungskompetenz in der Vorbereitung.

Abg. Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. Auswärtige Hochschulpolitik und Internationalisierung von Wissenschaft bedeutet immer ausbalancieren von Werten und Interessen sowie Chancen und Risiken. Deshalb die Frage an Sie, Frau Kinzelbach, welche Risiken sehen Sie bei Forschungskooperation mit autoritären Staaten?

Prof. Dr. Katrin Kinzelbach (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg): Diese sind sehr unterschiedlich ausgeprägt, je nachdem welcher Forschungsgegenstand betroffen ist. Ich denke, grundsätzlich muss man beachten, wenn wir mit



Ländern kooperieren, in denen Wissenschaft als Machtinstrument und nicht als öffentliches Gut betrieben wird, gibt es andere Regeln. Ein Risiko kann der Abfluss von Wissen sein, welches man nicht zur Verfügung stellen wollte, ebenso wie fehlende Rechtssicherheit bei großen Investitionen in gemeinsame Infrastruktur oder Austauschprogramme, bei denen man im Zweifelsfall die Zusagen, die man auf dem Papier bekommen hat, in der Realität nicht erlebt. Außerdem entstehen Risiken insbesondere durch Antispionagegesetze. Aber es gibt sehr wenig Fälle, bei denen deutsche Forschende im Ausland festgehalten werden. Dennoch, all das ist ein reales Risiko und insofern müssen wir uns darauf vorbereiten. Wir stehen oft auch vor einer forschungsethischen Frage. Was machen wir, wenn unsere Kooperationspartner mit repressiven Praktiken gegängelt werden? Dann können wir nicht einfach wegschauen und das macht es für die Wissenschaft sehr kompliziert.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, für die Fraktion FDP spricht Dr. Stephan Seiter.

Abg **Prof. Dr. Stephan Seiter** (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender und vielen Dank auch von unserer Seite für Ihre Bereitschaft hier zu sein und über dieses wichtige Thema zu sprechen. Gerade in Zeiten neuer globaler politischer Zusammenhänge ist es wichtig, dass die Wissenschaft international und offen bleibt, aber auch mit einem Risikobewusstsein an die Kooperationen herangeht. Es wichtig ist, dass wir unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler entsprechend vorbereiten. Sie haben unterschiedliche Initiativen aus Ihren Institutionen genannt. Ich möchte zunächst an zwei Punkten ansetzen. Die erste Frage geht an Herrn Dr. Sicks. Welche Mobilitätseinschränkungen sehen Sie aktuell als die wichtigsten an? Auch zum Thema Visa haben wir schon etwas gehört. Daneben stellt sich aber noch das Thema Ausländerbehörden und wie diese mit den Fällen umgehen. Welche Rolle spielen bei dem Thema die Willkommenskultur und was beispielsweise auf unseren Straßen passiert sowie das politische Klima. Haben Sie schon Meldungen darüber, dass Wissenschaftler/-innen und Studierende deshalb zögern, zu uns zu kommen? Das eine ist, wohin unsere eigenen jungen Menschen gehen und das andere, wer

dann auch bereit ist, zu uns zu kommen. Vielen Dank.

Dr. Kai Sicks (Deutscher Akademischer Austauschdienst e.V. Bonn): Vielen Dank, ich sehe, dass das hauptsächliche Mobilitätshindernis zurzeit in der Visa-Beschränkung besteht. Es wurde genannt, etwa ein Drittel der internationalen einreisewilligen Studierenden kommt nicht nach Deutschland rein. Teilweise warten sie ein bis zwei Jahre auf ein Visum und gehen dann woanders hin. Ich glaube, das ist das zentrale Kriterium. Was das Thema Willkommenskultur betrifft, sehe ich noch nicht direkte Auswirkungen in der Gestalt, dass internationale Studierende, weil sie ein vergiftetes Klima oder Diskriminierung fürchten, nicht nach Deutschland kommen würden. Wir beobachten, dass die Nachfrage weiterhin jährlich steigt und auch die Zahl der internationalen Studienanfänger/-innen, die nach Deutschland kommen, geht jährlich weiter nach oben. Deutschland war das einzige Land, in dem das auch in der Pandemie der Fall war. Ich habe aber auch gesagt, dass wir genau dafür Sorge tragen müssen, dass dies nicht irgendwann kippt, weil im Ausland sehr wohl betrachtet wird, was in Deutschland zurzeit passiert.

Abg **Prof. Dr. Stephan Seiter** (FDP): Ich habe eine Frage an Frau Kinzelbach. Sie haben das Dilemma zwischen Offenheit und Sicherheit angesprochen und haben es auch in der Antwort auf die Fragen von Herrn Gehring nochmals erwähnt. Meine Frage ist, wenn Universitäten zu Ihnen kommen, wie helfen Sie denen aus diesem Dilemma heraus? Wo sehen Sie notwendige Maßnahmen und wo Instrumente, wie wir den Hochschulen und den Universitäten helfen können? Meine Erfahrung ist, dass ich immer wieder Rückmeldungen bekomme, dass man auf Grund der kleinen Größe der Institutionen und auch den mangelnden Kompetenzen vor großen Herausforderungen steht.

Prof. Dr. Katrin Kinzelbach (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg): Es ist nicht so, dass unsere gemeinsamen Anstrengungen im deutschen Wissenschaftssystem bisher noch nichts bewegt hätten. Ich glaube, wir haben sehr viele Schritte unternommen und haben Leitlinien von unterschiedlichen Organisationen. Wir haben außerdem über Bundesmittel gefördert und haben



Orientierungsveranstaltungen, die das Deutsche Zentrum für Luft und Raumfahrt (DLR) umsetzt. Ich glaube, diese Dialoge sind alle sehr, sehr wichtig. Ich denke auch, die Botschaft ist angekommen, wir haben ein Problem und wir haben uns darauf geeinigt, dass wir Einzelfallprüfungen machen müssen. Aber im konkreten Fall bedeutet das für Hochschulen eine enorme Belastung. Es ist mit sehr viel Arbeitsaufwand verbunden. Manchmal besteht auch eine Überforderung, denn Hochschulen haben nicht die Ressourcen für all diese Länder und all diese Fragen. Hochkomplex ist zum Teil die Folgeabschätzung und schnell genug Antworten zu finden. Wir müssen in unsere Strukturen an den Universitäten untersuchen. Zu nennen ist insbesondere die Kommission für sicherheitsrelevante Forschung (KEF), die mittlerweile überall an den deutschen Universitäten bestehen müsste. Aber wenn Sie diese kontrollieren, gibt es viel zu wenige Menschen, die eine China- oder menschenrechtliche Expertise haben. Das muss weiter aufgebaut werden. Wenn dann zusätzlich Informationen, wie über Spionage oder Ähnliches, gebündelt zur Verfügung stehen, die die Universitäten selbst nicht zur Verfügung haben, ist das sicher hilfreich. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Dann würde ich weitergehen. Herr Jongen hat das Wort für die AfD-Fraktion.

Abg. Dr. Marc Jongen (AfD): Vielen Dank unsererseits an die Experten für ihre Ausführungen. Es ist tatsächlich ein sehr wichtiges Thema. Die Wissenschaft lebt in der Tat, Herr Gering, soweit sind wir uns einig vom internationalen Austausch der Menschen und Ideen. Beim Thema Internationalisierung müssen wir aber auch auf die Abwanderung deutscher Wissenschaftler, die ein großes Problem ist, einen Blick werfen. Allein an die USA hat Deutschland zwischen 1996 und 2020 über 3.800 Forscher verloren. Das heißt, in den MINT-Disziplinen kann von einer Brain Circulation, wie es oft gesagt wird, im Fall Deutschlands keine Rede sein. Wir fordern daher in unserem hier vorliegenden Antrag, Daten über Abwanderungsabsichten sowie über die tatsächliche Abwanderung hochqualifizierter deutscher Wissenschaftler für die amtliche Statistik zu erheben und Förderprogramme aufzulegen, die speziell

ausgewanderte Forscher der MINT-Disziplinen für eine Rückkehr nach Deutschland gewinnen sollen. Wir sprechen auch im Titel von Interessen- und wertegeleiteter Internationalisierung und in diesem Zusammenhang ist oft von Wissenschaftsfreiheit die Rede. Deutschland wird dabei als Vorbild in der Welt dargestellt und die anderen autokratischen Staaten stehen am Pranger. Dabei wird unterschlagen, dass seit vielen Jahren in Deutschland durch eine aus unserer Sicht verfehlte Förderungspolitik auch die Ideologisierung und infolge die Unfreiheit im Wissenschaftsbetrieb vorangetrieben wird. Ich spreche vor allem von der Förderung der Agendawissenschaften wie der Gender Studies. Nicht zuletzt deswegen, hat sich in Deutschland das Netzwerk Wissenschaftsfreiheit gegründet, um sich deren Aktivitäten, die in Richtung canceln und mundtot machen unliebsamer Meinungen gehen, entgegenzustellen. Der DAAD hielt im März 2023 ein Symposium zum Thema Feminist Foreign Policy als neues Paradigma internationaler Wissenschaftskooperation ab. Zu den zentralen Erkenntnissen des Symposiums zählte laut DAAD, dass in der internationalen Wissenschaftskooperation gendertransformativ gehandelt werden müsse. Ich erinnere daran, dass Wissenschaftler zunehmend aufgrund angeblicher Trans- und Queerfeindlichkeit in Deutschland aber auch international gecancelt werden. In den Worten der Bundesregierung geht es bei gendertransformativer Politik darum, geschlechterbezogene Ungleichheiten wie ungleiche soziale Normen, Praktiken und Geschlechterrollen abzuschaffen, gängige Männlichkeitsbilder zu kritisieren sowie Personen des LGBTQ-Spektrums auf allen Ebenen zu fördern. Bezogen auf die Wissenschaft klingt das nach unserer Meinung nach dem, was Nina Degele, Professorin und Vorstand eines Zentrums für Gender Studies an der Uni Freiburg, als Ziel der Gender Studies bezeichnet, nämlich die etablierte gesellschaftliche Ordnung als zweigeschlechtlich und heterosexuell organisierte Zwangsveranstaltung durch Kritik an der Logik des binären Denkens im Sinne der Zweigeschlechtlichkeit auf den Kopf zu stellen. Ich möchte Sie, Herrn Dr. Sicks vom DAAD fragen, stehen Sie hinter solchen Aussagen? Sind das die Werte, die Sie international fördern wollen? Wie soll das mit Wissenschaftsfreiheit



vereinbar sein, wenn derart Gender-Lobbyismus gegen Wissenschaften in Stellung gebracht werden?

Dr. Kai Sicks (Deutscher Akademischer Austauschdienst e.V. Bonn): Die Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit in Deutschland, die Sie anführen, gerade auch im Vergleich zu der Einschränkung von Wissenschaftsfreiheit in autoritären Ländern, kann ich so nicht erkennen. Ich weiß nicht, ob die Professor/-innen, die hier anwesend sind, da andere Perspektiven haben. Ich sehe nicht diese Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit, die von Ihrer Seite geltend gemacht werden. Zum Thema Feminist Foreign Policy und der entsprechenden Proaktivitäten des DAAD möchte ich betonen, dass es in der Tat ein wichtiges Anliegen ist, dass wir Frauen in ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit, aber auch überhaupt in ihrer Qualifizierung weltweit, insbesondere im globalen Süden stärken, weil wir daran glauben, dass das durchaus einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung von Gesellschaften und zum Beheben von großen globalen Herausforderungen leisten kann. Deswegen bekennen wir uns dazu, dass wir Themen wie Female Leadership und Unterstützung von Frauen als einen wichtigen Themenkomplex des DAAD auch weiter unterstützen werden.

Der **Vorsitzende**: Dann kommen wir jetzt zur Berichterstattung für die Gruppe Die Linke, es spricht Nicole Gohlke.

Abg. **Nicole Gohlke** (Die Linke): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank an die Expertinnen und Experten für den wirklich informativen Input. Eigentlich geht es an der Stelle um Internationalisierung und nicht um den etwas obsessiven Begriff der AfD zum Gender-Thema. Es war viel von Willkommenskultur die Rede, die richtigerweise im Antrag der Koalition einen großen Raum einnimmt. In dem Zusammenhang hätte ich meine erste Frage gerne an Frau Ittel-Polatschek von der HRK gestellt. Hat sich Ihrer Wahrnehmung nach, das Klima an den Hochschulen ein wenig verschoben, so wie insgesamt in weiten Teilen der Gesellschaft? Bemerken Sie, da passiert etwas, da entgleitet uns etwas? Oder würden Sie sagen, im Hochschul- und im wissenschaftlichen Bereich ist es aufgrund der Nähe zur Wissenschaft und auch aufgrund des sehr internationalen Komplexes noch anders? Der

zweite Punkt geht auch noch einmal an Sie. Ein Teil der Willkommenskultur ist die Frage, welche Bedingungen ich für meine wissenschaftliche Arbeit vorfinde und welche Perspektiven ich habe. Dazu gehören auch die Arbeitsbedingungen. Es wurde schon einmal die hohe Konkurrenz um Fachkräfte sowie der Fakt, dass andere Länder uns ein wenig voraus sind und attraktivere Bedingungen bieten können, angesprochen. Wenn Sie zwei Wünsche offen hätten, welche wären das, gesetzlich, aber auch finanziell? Wo müsste jetzt etwas kommen, damit wir diese Attraktivität steigern könnten?

Prof. Dr. Angela Ittel-Polatschek

(Hochschulrektorenkonferenz): Vielen Dank. Wir haben schon gehört, wie viel mehr Studierende wir inzwischen haben. Natürlich sind die Universitäten ein Abbild der Gesellschaft in Bezug auf die notwendigen und sehr zu begrüßenden Maßnahmen, um ausländische oder aus dem Ausland kommende Wissenschaftler/-innen, aber auch Studierende zu rekrutieren. Das ist für manche Mitglieder mancher Universitäten eine Herausforderung. Auf der anderen Seite gibt es sehr viele Maßnahmen - ich habe das in meinem Eingangsstatement erwähnt - zur Förderung der Willkommenskultur, die sehr wirksam sind, die aber nicht permanent sind. Die Herausforderung ist, dass es immer projektbasiert ist. Zwei Wünsche, die wir hätten, ist zunächst die Flexibilisierung in der Besoldung, denn es ist die größte Herausforderung für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler attraktiv zu sein. Zweitens ist erneut die Willkommenskultur. Wir wissen, dass viele Wissenschaftler/-innen wieder zurückgehen, weil sie nicht hundertprozentig integriert werden können. Im Ergebnis also den Aspekt der Willkommenskultur stärken.

Abg. **Nicole Gohlke** (Die Linke): Ja, vielen Dank. Wenn Wissenschaft einen Beitrag zur Schließung der politischen und gesellschaftlichen Spaltung leisten soll, und das muss sie in diesen Zeiten auf jeden Fall tun, dann wäre das die stückweise Schließung der sozialen Schere, oder zumindest dafür zu sorgen keine neuen Ausschlüsse zu produzieren. Vor diesem Hintergrund hätte ich gerne Dr. Sicks vom DAAD gefragt, was Sie zur sozialen Zusammensetzung der Studierenden aus dem Ausland, aber auch unserer Leute, die ins



Ausland gehen, sagen? Gibt es diesbezüglich noch Steuerungsbedarf? Können wir Sie unterstützen, dass sich da vielleicht noch etwas ändert? Das Stichwort Wohnheime ist zum Beispiel schon gefallen.

Dr. Kai Sicks (Deutscher Akademischer Austauschdienst e.V. Bonn): Das ist für uns tatsächlich ein großes und wichtiges Thema. Wir untersuchen derzeit sehr genau, wie die Studierenden, die wir fördern, sowohl aus dem Ausland als auch aus Deutschland auch nach sozialen Kriterien zusammengesetzt sind. Wir stellen fest, dass Erstakademiker/-innen in den Förderungen des DAAD noch etwas unterrepräsentiert sind, insbesondere unter den Deutschen und wir entwickeln gerade Instrumente, um das zu stärken. Viel komplizierter ist die Situation im Ausland, weil die Frage nach einer diversen Zusammensetzung der Studierendenschaften und was gefördert werden muss in jedem Land unterschiedlich beantwortet wird. Deshalb machen wir derzeit Pilotstudien in Ländern wie Brasilien und Mexiko, um zu schauen, ob es bestimmte Regionen, bestimmte Ethnien und bestimmte Sozialstrukturen innerhalb der Länder gibt, die wir nicht erreichen. Es ist ein wichtiges Thema.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Das ist jetzt ein wenig zu knapp für weitere Fragen. Ich gebe Ihnen nun noch den sachdienlichen Hinweis, dass sich heute das neue Ausschussmitglied, der Abgeordnete Ali Al-Dailami für die neue Gruppe Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) krankheitsbedingt entschuldigen musste. Deshalb kommen wir jetzt direkt zur Nachfragerunde. Es beginnt für die SPD-Fraktion die Kollegin Dr. Lina Seitzel.

Abg. **Dr. Lina Seitzl** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen. Meine Frage richtet sich an Herrn Dr. Sicks. Ich würde gerne auf die Rolle der Goethe-Institute für die Attraktivität gerade bei der Sprachvermittlung von Deutschland als Wissenschaftsstandort eingehen. Dabei würde mich interessieren, wie Ihre Einschätzung ist und wie die Zusammenarbeit zwischen DAAD und den Goethe-Instituten aussieht. Meine zweite Frage bezieht sich auch auf die Goethe-Institute. Haben Sie eine Bewertung der vorangegangenen oder der durch das Auswärtige Amt umgesetzten Reform

mit einer Stärkung des Engagements in Osteuropa.

Dr. Kai Sicks (Deutscher Akademischer Austauschdienst e.V. Bonn): Ich kann nicht für Goethe sprechen. Ich kann aber sagen, dass die Goethe-Institute für das, was wir erreichen wollen, eine sehr wichtige Arbeit leisten. Dies geschieht oft im Vorfeld, um Studierende oder Studieninteressierte auf der ganzen Welt deutsche Sprachkenntnisse zu vermitteln oder Deutschland überhaupt näher zu bringen und Interesse zu wecken. Da knüpfen wir wiederum mit unserer Arbeit an, wenn wir versuchen, den Studien- und Wissenschaftsstandort Deutschland zu vermarkten und attraktiv zu machen für internationale Studierende. Insofern geht das Hand in Hand, auch in Bezug auf die Instrumente des Deutschunterrichts. Goethe bietet konkreten Deutschunterricht an. Wir dagegen fördern sehr viele Deutsch-Departments an Hochschulen in der ganzen Welt, damit sie eine gute Deutsch-Lehrer-Ausbildung gewährleisten können, von der Goethe wiederum profitiert. Eine Bewertung der Reform möchte ich hier nicht vornehmen, weil es nicht in meine Zuständigkeit fällt. Aber selbstverständlich ist eine starke Orientierung nach Osteuropa für mich nachvollziehbar und wir machen das teilweise auch. Wir haben in Riga ein neues Büro eröffnet, obwohl wir das eigentlich nicht machen wollten. Wir sind dabei, unser Büro in Kiew wieder zu eröffnen. In Osteuropa präsent zu sein sowie weiterhin dort Deutsch-Angebote zu unterbreiten, ist glaube ich wichtig und ein Zeichen der Solidarität mit den Ländern des östlichen Europas.

Abg. **Dr. Lina Seitzl** (SPD): Ich schenke Ihnen die Zeit gerne.

Der **Vorsitzende**: Danke schön. Dann kommen wir direkt zu Frau Professor Grüters für die CDU/CSU-Fraktion.

Abg. **Prof. Monika Grüters** (CDU/CSU): Ich sitze Ihnen räumlich im Nacken, aber wir haben alles aufmerksam mitverfolgt. Mein Problem ist, dass es meines Erachtens keine erkennbare, strategische, auswärtige, internationale Wissenschafts- und Bildungspolitik gibt. Ich sage das auch als Mitglied des Unterausschusses Auswärtige Kulturpolitik, den es immerhin extra beim Auswärtigen Ausschuss gibt. Nur eine Kleinigkeit, die ist mehr als nur symbolisch zu benennen. In



zweieinhalb Jahren dieser Regierung hat sich im Unterausschuss die Staatsministerin genau zweimal blicken lassen. Als die Ministerin Stark-Watzinger kommen sollte, hat sie abgesagt und auch der Staatssekretär kam dann spontan nicht. Es gibt also ein unterentwickeltes Interesse. Stattdessen sehen wir massive Kürzungen, was schon bei Auslandsschulen anfängt und mit Schließungen bei Goethe-Instituten, Kürzung bei DAAD und AvH weitergeht. Was besonders bitter ist, in der Bereinigungssitzung ist ein wenig bei Goethe und DAAD geändert worden, aber die AvH hat keine Aufstockung bekommen. Deshalb richte ich meine Frage an die HRK: Wir haben große Probleme, dass bei der AvH die Stipendien nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Wir müssen nicht nach Russland und China schauen, wenn es um den afrikanischen Markt geht. Allein Zürich gibt 8.800 Euro, die Niederlande 5.200 Euro dafür aus. Wir sind froh, dass wir jetzt 3.100 Euro ausgeben können, aber dafür müssen sie die Krankenkasse noch bezahlen. Wir sind definitiv schon lange nicht mehr wettbewerbsfähig. Was müsste eigentlich passieren, anstelle einzelner Reisen von Ministern nach Kolumbien, um zu versuchen 100 Pflegekräfte zu rekrutieren? Wie könnte eine gezielte Anwerbung ausländischer Studierender als Fachkräfte von morgen aussehen? Die zweite Frage geht an die AvH. Sie sind im In- und Ausland wirklich erfahren. Wie stellen Sie sich eigentlich eine strategische Außenwissenschaftspolitik vor? Drittens ist an die Bundesregierung gerichtet. Wir haben bei allen Wortmeldungen gehört, dass es ein Visaproblem gibt. Wie wollen Sie das inzwischen angehen? Das Problem ist uralt.

Der **Vorsitzende**: Zwei Fragen an Sachverständige, die wir eingeladen haben. Es gibt eine Minute Antwortzeit. Frau Professor Ittel zuerst.

Prof. Dr. Angela Ittel-Polatschek
(Hochschulrektorenkonferenz): Vielen Dank. Das Visaproblem ist hierbei auch ein Problem. Das hatten Sie schon angesprochen. Meines Erachtens ist die größte Herausforderung tatsächlich die Integration der Studierenden, nachdem sie ihr Studium abgeschlossen haben. Beziehungsweise gilt es diese Integration zu beginnen, während sie noch im Studium sind. Deshalb begrüße ich das FIT-Programm, welches in einer Säule darauf anschließt. Ich denke das muss der Schlüssel sein,

dass wir während des Studiums schon versuchen sie zu integrieren.

Dr. Enno Aufderheide (Alexander von Humboldt-Stiftung Bonn): Wie sieht eine strategische Außenpolitik aus? Das kann man jetzt in elf Sekunden sicherlich noch schaffen. Ich glaube, es muss ein multimodaler Ansatz sein und er muss sich sowohl darauf richten, dass es immer anders kommt, und zweitens, als man denkt. Das heißt, die Strategie darf nicht einengend sein, sondern sie muss offenbleiben und sie muss global ansetzen. Die Zeit reicht nicht, Ihnen dafür Beispiele zu nennen. Weiterhin denke ich, wir sollten Schwerpunktregionen und Schwerpunktinstrumente definieren, wo wir gezielt unsere Beziehungen ausbauen. Da bietet sich gerade der afrikanische Kontinent an. Man sollte viel stärker als bisher da ansetzen, dass die Zusammenarbeit von Afrika aus definiert wird. Augenhöhe ist etwas, was alle fordern, aber de facto sieht die Kooperation in der Regel so aus, dass eine deutsche Universität das Geld bekommt und dann die Kooperation anstoßt. Wir in der Humboldt-Stiftung drehen das um. Das Instrument läuft aus, weil wir dafür kein Geld mehr haben. Dann geben wir das Geld an hervorragende Alumni und sagen, ihr definiert die Frage und ihr definiert die deutschen Kooperationspartner. Die Erfahrung daraus ist, dass es wirklich guten Ertrag bringt und es stärkt auch unsere Reputation in diesen Ländern.

Der **Vorsitzende**: Für die wird Frau Reiffenstuel aus dem Auswärtigen Amt in einem angemessenem Zeitrahmen antworten.

Anke Reiffenstuel (AA): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Stichwort Aktionsplan: die Visa-Beschleunigung verdeutlicht, dass das Problem erkannt ist und wir gemeinsam in engem Dialog mit den Partnerorganisationen an der Behebung des Problems arbeiten. Es gibt sieben Kernbereiche des Visa-Aktionsplans. Die Digitalisierung des Visumverfahrens ist eines, das konsequent umgesetzt wird. Erwähnen möchte ich auch, dass bereits jetzt Forschende Zugang zum beschleunigten Fachkräfteverfahren haben und von den verkürzten Termin- und Bearbeitungsfristen profitieren können. Am 1. Juni wird die Anpassung von § 31 Aufenthaltsgesetz in Kraft treten. Das Visumverfahren für Studierende wird dadurch deutlich entbürokratisiert und



beschleunigt. Abgeschafft wird das Schweigefristverfahren. Das war sehr lange und zukünftig wird die Beteiligung der Ausländerbehörden entbehrlich. Auslandsvertretungen können somit unmittelbar über eingereichte Anträge entscheiden. Ein weiteres Stichwort, das ich erwähnen möchte, sind die akademischen Prüfstellen, die an mehreren Auslandsvertretungen sehr erfolgreich praktiziert werden und substanziall zur Verkürzung der Wartezeiten für potenzielle Studierende eingerichtet wurden.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Dann rufe ich jetzt auf für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Laura Kraft.

Abg. Laura Kraft (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Anfügen möchte ich nur eine kleine Anmerkung, dass ich auch im Unterausschuss Auswärtige Kultur und Bildungspolitik bin. Dort sind immer Vertreterinnen und Vertreter vom Auswärtigen Amt mit anwesend, die man befragen kann. Danke, dass Sie ausgeführt haben, dass es durchaus Pläne gibt, sich dieses Visa-Themas anzunehmen, welches in der Tat so alt ist, dass es in Ihre Regierungszeit zurückreicht, Frau Grüters. Jetzt hätte ich noch eine Frage an Professor Aufderheide. Wir haben darüber gesprochen, dass wir in Bezug auf die Internationalisierung möchten, dass für den Wissenschaftsstandort Deutschland viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gerne nach Deutschland kommen. Ich wollte nachfragen, was sich vielleicht abseits dieser Visa-Vergabesituation noch ändern müsste? Ich habe öfter Berichte gehört, dass es auch andere Faktoren gibt. Eben wurde seitens der HRK schon angesprochen, dass eine Flexibilisierung der Besoldung auch attraktiv wäre. Darüber hinaus, wenn es darum geht, dass die Leute mit ihrer Familie kommen, haben diese ein Leben dabei, also wenn Kinder oder Ehepartnerinnen und Ehepartner mitkommen. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen.

Dr. Enno Aufderheide (Alexander von Humboldt-Stiftung Bonn): Ja, vielen Dank. In der Tat ist es ein Paket. Die Besoldungsstipendienhöhe ist ein weiterer Punkt. Frau Christmann und ich, wir haben uns in Stuttgart gesehen und haben die Geschichten gehört, wie es in Stuttgart beim Ausländeramt zugeht. Dort müssen Personen,

auch Frauen, nachts in einer Gegend, die sich mit dem Rotlichtviertel überschneidet, auf der Straße warten, damit sie morgens gleich an der Tür stehen, um dann im Ausländeramt bearbeitet zu werden. Wir machen eine Schlussbefragung, da gibt es Freitextfelder und ein Wort, welches auf Englisch sowie auf Deutsch immer wieder auftaucht, ist das Wort: Kindergartenabschließtage. Das macht gerade Wissenschaftlerinnen ein Riesenproblem. Es macht allen ein Riesenproblem, Wissenschaftlerinnen vielleicht noch weniger als einer Krankenpflegekraft, einer Lehrkraft, einer Verkäuferin oder einem Verkäufer. Diese Frage der Familienfreundlichkeit, auch was Kinderbetreuung angeht. Die Wohnsituation, das wurde heute bereits angesprochen, ist extrem schwer, gerade wenn sie als ethnisch erkennbarer Ausländer für eine begrenzte Zeit nach Deutschland kommen. Man landet immer im oberen Preissegment und das bei dieser Stipendienhöhe - tut mir leid, ich komme wieder auf diesen Punkt zurück - addiert sich. Also, Visa, Ausländerämter, Familienfreundlichkeit, Kinderbetreuung und Wohnsituation sind die wichtigen Punkte. Dass es zu Pöbeleien in der Straßenbahn kommen kann, hören wir ab und an und das finde ich auch sehr schwierig. Aber mir scheint, dass die anderen Punkte fast noch bedeutender sind.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Dann rufe ich jetzt für die FDP-Fraktion Kollegen Stephan Seiter auf.

Abg. Prof. Dr. Stephan Seiter (FDP): Vielen Dank. Meine erste Frage geht direkt auch noch einmal an Herrn Dr. Aufderheide. Sie haben angesprochen, dass es eine Reduktion der Förderung von Alumni-Verbünden eine Zeit lang auszuhalten sei. Könnten Sie uns sagen, welche Rolle tatsächlich diese Alumni-Verbände spielen, gerade für die Nachhaltigkeit von internationaler Sicherung?

Dr. Enno Aufderheide (Alexander von Humboldt-Stiftung Bonn): Vielen Dank. Ich denke, Frau Reiffenstuel und ihre Kolleginnen und Kollegen im Auswärtigen Amt, die auch in Auslandsvertretungen waren, werden das alles erlebt haben. Die Alumni der Humboldt-Stiftung sind ein Asset für die jeweilige Netzwerkbildung in den Ländern, weshalb wir alle etwas davon haben, wenn wir diese Netzwerke stärken, und zwar in verschiedenen Dimensionen. Das ist



einmal die anhaltende Kooperation mit Deutschland. Wir können zeigen, dass nach der Förderung über Jahrzehnte oft die Kooperation mit Deutschland anhält, und zwar mit herausragend guten Leuten, die dann auch ihre deutschen Partnerinnen und Partner ein ganzes Stück voranbringen. Es gibt Botschafterinnen und Botschafter anderer Länder in Deutschland, die mit der Humboldt-Stiftung hier waren und wir haben auch Wirtschaftsbeziehungen. Bei Bayer und BASF in anderen Ländern sind Humboldt-Stipendiaten, die dort arbeiten, gerade weil sie positive Assoziationen mit Deutschland haben. Deshalb haben wir die Zielvereinbarung mit dem Auswärtigen Amt, die wir grundsätzlich einhalten, dieses Jahr nicht, aber hoffentlich demnächst wieder, die besagt, dass ein Sechstel des Geldes des Auswärtigen Amtes in die Alumni-Förderung gesteckt wird. Ich hoffe, wir schaffen das bald wieder.

Abg. **Prof. Dr. Stephan Seiter** (FDP): Ja, ich hätte noch eine. Das Thema europäische Universitäten würde mich noch interessieren. Herr Weller, welche Hindernisse sehen Sie in diesem Prozess und wo könnten oder sollten wir etwas tun? Herr Sicks, welche Rolle steht diesen europäischen Universitäten für die Arbeit des DAAD zu? Danke.

Prof. Dr. Marc-Philippe Weller (Universität Heidelberg): Vielen Dank für die Frage. Zum einen wäre die Nachhaltigkeitsstellung der Finanzierung enorm wichtig. Da ist Deutschland bereits vorbildlich. Wichtig wäre aber, dass man planbare Zeiträume hat. Das andere, was wir auf europäischer Ebene noch brauchen, ist eine Rechtsform für Non-Profit-Organisationen, also eine juristische Person. Wir haben noch keinen europäischen Verein. Das wird aktuell diskutiert, aber wir bräuchten eine besser handhabbare Organisationsplattform als die bisherige. Wir haben im wirtschaftlichen Bereich viele Modelle, aber gerade nicht im Non-Profit-Bereich und für die Kooperation wäre ein europäisches Modell für die europäischen Universitäten wichtig.

Dr. Kai Sicks (Deutscher Akademischer Austauschdienst e.V. Bonn): Anschließend daran, glaube ich, dass es noch einige regulatorische Fragen gibt, die zu beantworten sind. Frau Ittel hat eingangs aufgeworfen, ob digitale Teilzeitstudierende einen eigenen Status bekommen können. Ich glaube, da müssen die

Bundesländer sich in ihren Hochschulgesetzen bewegen, um so etwas zu ermöglichen. Sie haben noch nach der Rolle des DAAD gefragt. Wir versuchen uns in dem ganzen Prozess als Katalysator und als Austauschplattform zu positionieren. Wir bieten verschiedene Diskussionsrunden für alle deutschen Hochschulen an, die an europäischen Hochschulallianzen beteiligt sind, aber wir sind auch das Scharnier, welches in die EU zur Europäischen Kommission hinwirkt. Durch die Nationale Agentur für EU-Erasmus-Zusammenarbeit haben wir einen sehr engen Draht und versuchen die Bedarfe der Hochschulen wiederum an die Kommission zu vermitteln. Wir sehen uns als eine Art Vermittlerorganisation im besten Sinne.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Wir kommen jetzt zu den Nachfragen der AfD-Fraktion. Da würde Herr Dr. Jongen starten. Es war zuvor so, dass ich Sie so verstanden hatte, dass Sie noch weitere Kommentierungen und Ausführungen machen wollten. Mir war wichtig, dass wir den Frage-Antwort-Modus einer Anhörung weiter fortsetzen. Deshalb wollte ich alle noch einmal darauf hinweisen, dass weitere Ausführungen auch in der nächsten Ausschusssitzung gemacht werden können, in der wir den Tagesordnungspunkt 1, die Beratung der Anträge haben werden. Ich gebe Ihnen auf jeden Fall jetzt ein wenig mehr Zeit, Herr Jongen.

Abg. **Dr. Marc Jongen** (AfD): Alle meine Ausführungen münden in Fragen, Herr Vorsitzender, so auch jetzt. Ich möchte noch einmal auf das Thema Wissenschaftsfreiheit und sogenannte Werte zurückkommen. Herr Dr. Sicks, aus Ihren Ausführungen konnte ich kein adäquates Problembewusstsein der tatsächlichen Lage entnehmen. Worüber wir sprechen, ist wirklich keine klassische Frauenförderung, sondern wir haben es mit einem aggressiven Lobbyismus dieser Gender-Ideologen zu tun. Wenn sich vor kurzem eine Reihe von Biologen und Medizinern öffentlich dagegen aussprechen mussten, dass im öffentlich-rechtlichen Rundfunk wie auch im Wissenschaftssystem die wissenschaftliche Erkenntnis der Zweigeschlechtlichkeit aggressiv infrage gestellt wird, dann muss uns das zu denken geben, denn dann läuft etwas in Deutschland und auch



international schief. Vor diesem Zusammenhang machen mir die Ausführungen von Frau Professor Kinzelbach doch Sorgen, die von einer wehrhaften Wissenschaft spricht, die wir in Analogie zur wehrhaften Demokratie bräuchten. Wehrhafte Demokratie, wir sehen es jetzt, mündet in ein Demokratiefördergesetz, in dem geplant ist, dass bei bloßem Verdacht auf Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung - wohlgerichtet einem Verdacht - Konten gesperrt werden und die Reisefreiheit eingeschränkt wird. Ich frage mich, wenn das in Analogie sein soll, was bedeutet dann wehrhafte Wissenschaft, Entzug von Forschungsgeldern bei falschen Ansichten? Können Sie das vielleicht ein bisschen klarer noch ausführen?

Der **Vorsitzende**: Gut, dann haben wir eine Frage an Frau Professor Kinzelbach, bitte schön.

Prof. Dr. Katrin Kinzelbach (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg): Herzlichen Dank. Ich glaube, hier liegt ein Missverständnis vor. Ich habe betont, dass es bei der wehrhaften Wissenschaft insbesondere darum geht, dass Universitäten und Mitglieder der akademischen Zunft sich mit der Herausforderung autokratischer Herrschaft beschäftigen sollten und dass gerade nicht vom Staat in diese Prozesse hinein reguliert werden soll. Als Politikwissenschaftlerin möchte ich noch eine Anmerkung machen. Wir sprechen, wenn wir versuchen Wissenschaftsfreiheit zu erfassen, von einer sogenannten latenten Variable, die man nicht mit einem Zentimetermaß direkt ablesen kann. Insofern sind Aussagen über die Frage, wie sich diese Wissenschaftsfreiheit in bestimmten Ländern über die Zeit und auch vergleichbar im Raum entwickelt, akademisch betrachtet sehr komplex. Ich möchte darauf hinweisen, dass einfache Einzelfall-Sammlungen, wie sie zum Beispiel das von Ihnen zitierte Netzwerk Wissenschaftsfreiheit nutzt, für solche Trendaussagen nicht geeignet sind. Deswegen möchte ich alle auffordern, wissenschaftlich fundierte Daten zu nutzen.

Der **Vorsitzende**: Danke schön. Dann kommen wir jetzt zur Gruppe Die Linke. Nicole Gohlke, bitte.

Abg. Nicole Gohlke (Die Linke): Danke schön. Im Gegensatz zur Kritik der Union ist aus meiner Sicht der schwerwiegendste Makel am Antrag der Koalitionsfraktionen nicht das Fehlen von Ideen

oder einer Strategie, sondern eher die Tatsache, dass viele gute Sachen formuliert werden, die dann aber alle unter Haushaltsvorbehalt stehen und man nicht genau weiß, was davon tatsächlich umgesetzt werden kann. Wir hatten bereits zwei Haushaltsverhandlungen, die eine relativ große Hängepartie für Empfängerinnen und Empfänger von projektbezogenen Geldern waren. Dazu begleitet uns das Problem, dass wir ohnehin nur viele befristete Mittel in diesem Bereich haben. Deswegen stelle ich an der Stelle noch einmal meine Frage an Herrn Dr. Aufderheide. Was wäre Ihr Wunsch für die Zukunft, den Sie hier formulieren würden? Außerdem würde ich dazu gerne auch noch eine Stellungnahme von der Bundesregierung hören. Ich glaube, es war sehr eindeutig, was das Problem ist. Ich frage mich, ob Sie vielleicht schon ein wenig mehr Planungssicherheit versprechen und auch sagen können, ob die nächsten projektbezogenen Gelder sich irgendwann im Rahmen halten werden.

Dr. Enno Aufderheide (Alexander von Humboldt-Stiftung Bonn): Sie haben es gesagt, Planungssicherheit ist besonders gut. Insofern haben wir den Koalitionsvertrag sehr begrüßt. Wenn sich das wieder erreichen ließe, wäre das ein großer Gewinn. Ansonsten gilt das, was ich vorhin gesagt habe. Wir müssen auf der einen Seite offen bleiben für Zukunftsentwicklungen, die wir nicht absehen können, aber auf der anderen Seite durchaus Schwerpunkte setzen, die aktuell wahrscheinlich in Afrika liegen müssen. Mit so einer Kombination, glaube ich, kämen wir gut über die Runden.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann würde ich jetzt das Wort der Bundesregierung erteilen. Sie haben sich selbst organisiert.

PStS Dr. Jens Brandenburg (BMBF): Vielen herzlichen Dank. Ich würde aus Sicht des BMBF anfangen. Den meisten hier im Ausschuss dürfte es bekannt sein, dass wir momentan eine Aufgabenteilung zwischen den beiden Ressorts, Auswärtiges Amt und BMBF, bezüglich der Förderung der AvH einerseits, aber auch DAAD anderseits haben. Die institutionelle Förderung übernimmt das Auswärtige Amt. Beide Ressorts dürfen nicht gleichzeitig institutionell fördern. Deshalb sind wir im BMBF in der Projektförderung aktiv. Dazu kann ich sagen, dass trotz sehr herausfordernder Haushaltslage, die



auch hier im Parlament intensiver Gegenstand ist, es uns gelungen ist, die Mittel auf hohem Niveau zu halten. Um Ihnen einen Eindruck zu geben, liefere ich Ihnen jetzt die BMBF-Zahlen im Vorkrisenjahr vor Corona 2019. Die Ist-Zahlen waren im Jahr etwas über 150 Millionen. Wir sind jetzt im Jahr 2024, wie auch im vergangenen Jahr, mit rund 184 Millionen etwa auf dem Stand eines minimalen Anwuchses. Das zeigt sehr deutlich, dass wir nicht massiv gekürzt haben. Ähnliches gilt auch bei der AvH. Wir waren 2019 vor der Pandemie bei 64 Millionen Projektmitteln und im Jahr 2024 veranschlagen wir voraussichtlich etwa 20 Millionen Euro mehr, also 85,4 Millionen. Der Anstieg in den letzten Jahren ist insbesondere in dem Kontext durch zusätzliche KI-Mittel zu erklären. Soweit, um Ihnen einen Eindruck zu den Zahlen zu geben. Kollegin Reiffenstuel vom Auswärtigen Amt darf noch ergänzen.

Anke Reiffenstuel (AA): Vielen Dank. Ich würde gerne nur noch ein Stichwort ergänzen, um auf die Problematik Planungssicherheit einzugehen, die Sie erwähnt haben. Natürlich bewegt sich der Haushalt der Förderung im Gesamtgefüge des Haushalts für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. Es ist wichtig, dabei im Blick zu behalten, dass die Partnerorganisationen an den Haushalt gebunden sind, aber Planungssicherheit auch dadurch haben, dass sie über das Instrument der Eigenbewirtschaftungsmittel verfügen und insofern durchaus ins nächste Jahr planen können. Die Verpflichtungsermächtigungen ermöglichen darüber hinaus Festschreibungen für Folgejahre. Die Flexibilität, die die Organisationen für Planungen, für Stipendien und für Forschungsvorhaben brauchen, ist in diesem Rahmen durchaus gegeben. Ich hatte bereits Partnerorganisationen erwähnt. Uns ist wichtig zu unterstreichen, dass die Organisationen keine Empfänger von Zuwendungen oder Mitteln sind, sondern dass wir im permanenten partnerschaftlichen Dialog stehen, zu dem Planungsgespräche und regelmäßige Treffen gehören, um Bedarfe, Mittel und Projekte gemeinsam zu diskutieren. Danke.

Der Vorsitzende: Vielen Dank an die Bundesregierung. Dann haben wir für die SPD-Fraktion den Kollegen Ruppert Stüwe.

Abg. Ruppert Stüwe (SPD): An die vorherige Diskussion anknüpfend: Ich würde immer noch

für mich in Anspruch nehmen, dass im Haushalt das Parlament mitzureden hat. Da hat das Parlament in den letzten Haushaltsverhandlungen immer wieder Akzente gesetzt. Insbesondere in den Bereich, über den wir hier reden, kann ich keine Kürzungen feststellen. Ich würde dazu gerne noch, weil wir hier in der öffentlichen Sitzung sind, anmerken, dass die einzige Fraktion, die bisher zwei Bundestagsdebatten beantragt hatte, in der die Wissenschaftsfreiheit beschnitten werden sollte, die AfD-Fraktion war. Das war einmal zum Thema Gender Studies und einmal zum Thema, wie wir in der Virologie forschen. Dies haben wir im Deutschen Bundestag diskutiert. Insofern haben Sie Recht, da gibt es einen Grund zur Sorge. Weil sich Wissenschaft noch immer gesellschaftlich rechtfertigen muss, schaffen wir auch im Bundestag in breiter Einigkeit den Konsens dafür, dass die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland gewahrt bleibt. Als Drittes würde ich gerne Frau Professor Kampmann fragen, wie sich die Diskussionen und Wissenschaftsbeziehungen in den Ländern, mit denen Sie vermehrt kooperieren, darstellen. Ich formuliere es mal sehr provokant. Ist es noch so, dass alle Länder darauf warten mit deutschen Institutionen zu kooperieren? Wer sind die Kooperationspartner, mit denen sich die Forscherinnen und Forscher in den Ländern, gerade in Afrika, auseinandersetzen müssen oder mit denen Sie Kooperationen eingehen?

Prof. Dr. Beate Kampmann (Charite Centre for Global Health): Schönen Dank für die Frage. Es gibt verschiedene Kooperationsverträge zwischen unseren Universitäten und afrikanischen Partneruniversitäten. Das sind sicherlich Grundlagen, auf denen gut aufzubauen ist. Wie der Herr Kollege von der Humboldt-Stiftung bereits gesagt hat, geht es darum, dass Leute, die bereits mit dem Land in irgendeiner Form bekannt und vernetzt sind, weiterhin gerne Netzwerke in ihren Beziehungen, auch mit jüngeren Wissenschaftlern, aufbauen, wodurch ein Knock-on-Effekt entsteht. Es wird nicht nur darauf geachtet, dass Deutschland den Scheck ausstellt, sondern es wird auch darauf geachtet, wie miteinander umgegangen wird. Wenn wir einen Rahmen schaffen, in dem weiterhin Gelder zur Verfügung stehen, in dem aber auch gemeinsame Interessen beachtet werden, dann sind wir nach wie vor sehr attraktiv. Dennoch müssen wir uns



darüber im Klaren sein, dass die bürokratischen Hindernisse, die wir teilweise in den Raum stellen, auch Leute abschrecken. Ich finde es wichtig, noch einmal auf das Thema Sprache einzugehen. So gerne wir das auch haben würden, ist Deutsch nicht die internationale Wissenschaftssprache. Wenn wir Hürden setzen, indem wir den Zugang zu den deutschen Formularen und dem deutschen System so schwierig machen, dass sich dafür niemand mehr bewerben will, sind wir auch ein wenig selbst schuld, wenn sich diese Kooperationen nicht einfach gestalten lassen.

Abg. Ruppert Stüwe (SPD): Darf ich noch eine Nachfrage stellen? Wer sind die Kooperationspartner, die neben Deutschland eine immer größere Rolle einnehmen? Verändert sich etwas in Afrika?

Prof. Dr. Beate Kampmann (Charite Centre for Global Health): Afrika hat in der Agenda 2063 eine klare Zielvorstellung für seine eigene wissenschaftliche Entwicklung und die Kompetenzen in den Universitäten gesetzt. Ich glaube, dass dort viel mehr Potenzial für dieses Engagement ist. Wir wissen beispielsweise, dass auch die GIZ im Rahmen der europäischen Agenda sehr stark in dem Vakzinmanufacturing in Afrika engagiert ist. Dafür müssen ungemeine Kapazitäten aufgebaut werden und es sind unsere Universitäten und regulatorischen Organisationen sehr gefragt. Darauf werden wir auch sicher aufbauen können. Ich denke, dass es bestimmte thematische Schwerpunkte gibt und dass durch Zentren, in welche auch während der Pandemie oder der Klima Kriese im Genomik-Bereich investiert wurde, sich neue Partnerschaften ergeben werden. Zum Beispiel Universitäten, die in Städten liegen, die besonders von der Klimakrise bedroht sind, was für viele Länder Westafrikas gilt, werden sich sowohl für die Wissenschaft als auch für die Industrie vermehrte Partnerschaftsmöglichkeiten ergeben.

Der **Vorsitzende:** Danke schön. Dann haben wir jetzt Alexander Föhr für die Fraktion der CDU/CSU.

Abg. Alexander Föhr (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte noch einmal bei dem Thema Visa-Vergabe einhaken. Nach den Ausführungen von Frau Professor Ittel darüber,

dass ein Drittel der Studierenden und Wissenschaftler nicht nach Deutschland einreisen können, scheint mir das wirklich die Internationalisierungsbremse von Wissenschaft zu sein, wenn wir zwei Jahre Wartezeit haben. Ich würde gerne von Herrn Professor Weller wissen, was es konkret für die Universitäten bedeutet, wenn sie mit diesem Mangel umgehen müssen und wenn sie nicht genau wissen, wer zu uns kommt. Mich würde auch konkret interessieren, was das für die Wartezeit bedeutet. Erlauben Sie mit kurz eine Anmerkung an die Kollegin Kraft. Der letzte Unionsaußenminister kommt aus dem Jahr 1966. Die letzten 60 Jahre haben Sie und die beiden anderen Regierungsfraktionen das Auswärtige Amt bestritten. Vielleicht kümmern Sie sich im Rahmen der Ressort-Zuständigkeit in Zukunft um dieses Thema. Zweite Nachfrage, die ich noch gerne tätigen würde, geht an die Bundesregierung. Verstehe ich es richtig, dass die Bundesregierung die Verantwortung für die internationalen Kooperationen auch in der sich verändernden Weltlage bei den Hochschulen und Forschungseinrichtungen sieht und die Entscheidung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen dann von staatlicher Seite akzeptiert werden? Ich frage das vor dem Hintergrund der öffentlichen Kritik der Bundesforschungsministerin an der Bielefelder Hochschulgründung in China, einem Projekt, das zuvor von staatlicher Seite unterstützt worden ist.

Prof. Dr. Marc-Philippe Weller (Universität Heidelberg): Vielen Dank. Es ging um die Frage der Auswirkungen verzögerte Visa-Erteilung auf die Universitäten. Es ist klar, dass wir dann die Studierenden nicht zulassen können, weil die Visa-Erteilung eine Voraussetzung ist. Wenn diese verspätet erteilt wird, kommen sie schon später zu den Vorlesungen und haben auch Nachteile, weil sie die Hälfte verpasst haben. Das Ganze koppelt sich mit dem Wohnraumproblem, welches schon fraktionsübergreifend angesprochen wurde. Das Problem ist die Digitalisierung. Man kann nämlich die Studierenden nicht im Ausland einschreiben, solange sie noch im Ausland sind, wenn sie noch kein Visum haben. Das könnte man ändern, sodass sie dann aus dem Ausland online teilnehmen könnten. Aber auch da klemmt es. Insofern ist das tatsächlich eine wichtige erste Stellschraube, die jetzt erfreulicherweise angegangen werden soll und ab 1. Juni hoffentlich



besser läuft.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Weller, für die kurze Antwort. Jetzt erteile ich das Wort der Bundesregierung. Es startet Staatssekretär Jens Brandenburg.

PStS Dr. Jens Brandenburg (BMBF): Vielen herzlichen Dank. Ich glaube, es ist in der Anhörung bereits sehr deutlich geworden, dass die sich verändernde internationale Lage das Wissenschaftssystem in Deutschland insgesamt vor enorme Herausforderungen stellt. Die Stichworte wie Dual-Use-Risiken wurden heute genannt. Dabei können möglicherweise deutsche Forschungsergebnisse anderswo für beispielsweise Zwecke von Menschenrechtsverletzungen mitverwertet werden. Insofern stehen wir als Wissenschaftssystem insgesamt vor der Herausforderung, sehr viel genauer im Einzelfall hinzuschauen. Was uns in Deutschland von diesen autoritären Staaten sehr unterscheidet, ist, dass bei uns die Freiheit von Forschung und Lehre Verfassungsrang hat. Die Freiheit der Entscheidung liegt im Regelfall bei den Hochschulen, Forschungseinrichtungen beziehungsweise im Zweifel auch bei den einzelnen Forschenden vor Ort. Es ist allerdings kein rechtsfreier Raum. Beispielsweise die Exportkontrolle ist nicht völlig rechtsfrei. Dennoch, die Verantwortung und Freiheit gilt vor Ort, wozu aber auch die Verantwortlichkeit gehört, insbesondere immer dann, wenn Entscheidungen offensichtlich zu großen Schäden führen. Das respektieren wir seitens der Bundesregierung. Gleichzeitig entlastet uns das nicht von der Verantwortung, die wir einerseits politisch und andererseits als Zuwendungsgeber haben. In diesem Fall, den Sie angesprochen hatten, ging es um Gelder, die auch die

Bundesregierung zur Verfügung gestellt hat. Deshalb sind wir mit sämtlichen Organisationen - Sie haben viele Beispiele bereits genannt - in sehr engem Austausch. Es gibt keine Schwarz-Weiß-Lösung, sondern es müssen gute Regeln gefunden werden, gerade im Graubereich. Man wird nicht jedes Risiko völlig ausschließen können. Aber eine Risikominimierung oder zumindest eine vernünftige Einzelfallabwägung ist eine gemeinsame Herausforderung. Wir sind als Zuwendungsgeber in der Verantwortung und unterstützen auch diejenigen bei Einzelfallentscheidungen vor Ort durch zum Beispiel die Angebote der China-Orientierung, die über den Projektträger, aber letztendlich von uns als BMBF angestoßen, organisiert und mitdurchgeführt werden.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank an die Bundesregierung. Dann kann ich festhalten, dass wir uns vorgenommen hatten, bis 11.15 Uhr die Anhörung zu absolvieren und dass wir eine Berichterstattung sowie eine Nachfragerunde eingeplant hatten. Mir sind keine weiteren dringenden Nachfragen signalisiert worden. Daher schließe ich jetzt diese Anhörung und bedanke mich im Namen aller Fraktionen und Gruppen bei den Sachverständigen. Ganz herzlichen Dank für Ihre Impulse und Ihre Antworten. Wir werden die Diskussion, wie bereits gesagt, in der nächsten Sitzung am 13. März mit der Beratung über die verschiedenen Anträge der Fraktionen zum Thema „Internationalisierung“ fortsetzen.

Ich schließe hiermit ausdrücklich diese 64. Sitzung des Ausschusses. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. Danke schön.

Schluss der Sitzung: 11:20 Uhr

Kai Gehring, MdB
Vorsitzender